



# Script

10



OSCAR-RENE VARGAS  
NICARAGUA NACH  
DEMREGIERUNGSWECHSEL  
BILANZ UND PERSPEKTIVEN

## **Nicaragua nach dem Regierungswechsel**

Wir danken dem Zentralamerika Sekretariat in Zürich, insbesondere Marc für seine vielseitige Unterstützung, Guy aus Zürich für seine kreativen Anregungen und Ulrike vom TAG in Wuppertal.

© 1990 Edition Nahua  
1. Auflage September 1990  
Originalausgabe  
Alle Rechte vorbehalten  
Herausgegeben vom  
Informationsbüro Nicaragua e.V.  
Postfach 10 13 20  
5600 Wuppertal 1  
Redaktionsgruppe der *Nahua Scripte*:  
Peter Manz, Frank Garling, Stefan Flaig, Gaby Schulten  
Übersetzung aus dem Spanischen:  
Berner Komitee, Guy, Martin, José Sta. aus der Schweiz, Peter Manz, Angela Habersetzer, Wulf Driessler, Stefan Flaig  
Umschlagentwurf: Uwe Peter  
Herstellung: Druckwelle, D-5600 Wuppertal  
ISBN 3-923329-47-4

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis:  
Edition Nahua  
Postfach 10 13 20  
D-5600 Wuppertal 1

Oscar-Rene Vargas

# Nicaragua nach dem Regierungswechsel

Bilanz und Perspektiven

Edition Nahua

• Nahua Script 10

# INHALT

<b>Editorial</b>	<b>1</b>
<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>1979: Der Triumph der Revolution</b>	<b>5</b>
<b>Die Wahlen 1984</b>	<b>10</b>
<b>Die Wahlen 1990</b>	<b>16</b>
<b>Die Wahlresultate</b>	<b>18</b>
<b>Die Ziele der neuen Regierung</b>	<b>21</b>
<b>Die Hauptelemente der Politik der neuen Regierung</b>	<b>27</b>
Der Wirtschaftsplan Mayargas	27
Wirtschaftskrise und religiöser Mystizismus	32
Kontrolle der sozialen Bewegung	38
Der relative Bedeutungsverlust der revolutionären Kräfte	45
Anbruch einer konterrevolutionären Phase	48
Die Suche nach externer Finanzierung	51
Die politische Zähmung der Streitkräfte	56
<b>Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten</b>	<b>58</b>
<b>Bilanz der ersten 30 Tage der neuen Regierung</b>	<b>63</b>
<b>Die neuerliche Machtprobe im Juli</b>	<b>68</b>

# EDITORIAL

Die nicht-reformistische Linke in den Metropolen wie in der "3. Welt" befindet sich nicht erst seit gestern in der Krise. Mit dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus brechen die Dämme: die Kapitalisierung Osteuropas legt einen verschütteten Nationalismus und Rassismus frei. In aller Schärfe wird deutlich, daß wir nicht nur den Kampf um die Köpfe zunächst verloren haben, sondern sogar die Spielräume für unsere Politik neu erobern müssen. In Zentralamerika setzt sich mit dem nicaraguanischen Wahlergebnis vom Februar der Aufschwung einer Rechten fort, deren Politik zwar "moderner" ist als diejenige der alten Oligarchien, aber mittelfristig ohne eine offen konterrevolutionäre Phase, ohne die Niederschlagung der Massenorganisationen und Avantgarden ihre Ziele nicht erreichen kann. Auf beiden Seiten des Atlantiks ist also viel in Bewegung gekommen. Um in dieser Situation aus der bloßen Krisendiagnostik heraus- und in einen von uns gestalteten Umbruch hinein zu kommen, müssen wir als radikale Linke untereinander und mit den revolutionären Kräften in der "3. Welt" lernen, uns erneut und besser aufeinander zu beziehen.

Die Beiträge in den *Nahua Scripten* sollen diesem Anspruch gerecht werden. Denn wenn wir uns den Austausch und die wechselseitige Unterstützung zwischen uns als sozialer Bewegung in einem Land der Metropole und den Befreiungsbewegungen in Zentralamerika kritisch ansehen, läßt sich feststellen: an die Stelle des gegenseitigen Studiums konkreter Kämpfe, mit dem Ziel, über die verschiedenen Gesichter des imperialistischen Angriffs, über unterschiedliche Kämpfe auf unterschiedlichen Terrains produktiv und kritisch zu diskutieren, trat oft eine Wechselbeziehung, die weniger mit Internationalismus zu tun hatte, dafür umso mehr mit den Formen des bürgerlichen Warentausches. Wir brauchten ein projektives Ersatzterrain, sie brauchten einen Mentor im "Herzen der Bestie"- und Geld. Wobei wir es in vielen Situationen allerdings nicht vermochten, dieser Mentorrolle gerecht zu werden...

Dabei hätte es in vielen Fragen wie etwa dem Verhältnis von Avantgardepolitik und Massenbewegungen, oder der Rolle einer "privilegierten Metropolenlinken" und das, was sie mit dem Schlagwort "antiimperialistischer Kampf" belegt, eines kritischen Austausches bedurft. Wir waren zwar selbtkritisch genug, die Unzulänglichkeiten zu erkennen, in der Praxis blieb es meist bei der Verteidi-

gung eines fernen Prozesses, blieben wir dessen Sprachrohr, während die Entwicklung unserer eigenen Praxis und Perspektive eine blasse Utopie blieb.

Die vorliegende Zeitschrift soll einen Beitrag liefern, sich dieser Situation zu stellen. Sie soll zu einem neuen Austausch mit den revolutionären Bewegungen in Zentralamerika beitragen. *Nahua Scripte* wollen nicht zum x-ten Mal neue Materialberge aus Lateinamerika für das Studium der dortigen Prozesse heranschaffen, die in eine Neuauflage der alten "Sprachrohrpolitik" münden. Die Zeitschrift soll ein Bindeglied sein, das uns eine authentische Nahsicht auf die konkreten Aktionen der Volks- und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und deren theoretische Reflexion ermöglicht. Wir möchten daher lateinamerikanische Theoriebeiträge veröffentlichen, wie sie in den Unis, den Basisbewegungen, den Redaktionen linker Zeitschriften etc. entstehen.

Dieses erste Heft beschäftigt sich mit den Hintergründen und Konsequenzen der Wahlniederlage der FSLN im Februar des laufenden Jahres. Der Soziologe *Oskar René Vargas* begnügt sich nicht mit der Benennung der sozioökonomischen und politischen Verschiebungen, die nach dem mehrjährigen Abnutzungskrieg der USA den Wahlerfolg der Rechten in Nicaragua ermöglicht haben, er richtet den Blick gerade auch auf die nun absehbare Strategie der neuen Machthaber, neben der Regierungsmacht auch im kulturellen und institutionellen Gefüge der nicaraguanischen Gesellschaft Land zu gewinnen. Die Regierung Violeta Chamorro und die hinter ihr stehende modernisierungsfreudige Fraktion der Bourgeoisie folgt damit den Vordenkern aus den Reihen der Neuen Rechten in den USA, die vor über einem Jahr im *Santa-Fe-II-Papier* (deutschsprachige Veröffentlichung im *envío* Nr. 90, 12/1988) eine Art Anti-Gramsci für ganz Lateinamerika vorschlugen. Die Massenorganisationen und die Frente Sandinista werden ihre eigene Kultur und ihre eigenen Erfahrungen und Institutionen dagegensetzen müssen.

In einer Zeit, in der wir als Solidaritätsbewegung, als InternationalistInnen oder einfach als radikale Linke ebenfalls vor dem Problem stehen, wie wir angesichts des vorläufigen ökonomischen und ideologischen Siegeszuges des DM-Kapitalismus wieder Boden unter die Füße bekommen, brauchen wir einen spannenden Austausch über solche Themen und Ideen.

Wir möchten noch anmerken, daß die "Feminisierung" der Sprache von der Redaktion vorgenommen wurde.

*Redaktion der Nahua Scripte*

# EINLEITUNG

Der Sieg der U.N.O. (Nationales Oppositionsbündnis) ist die erste Konkretisierung eines Prozesses, der von den Vereinigten Staaten initiiert worden ist, als sie feststellen mußten, daß ihr Herrschaftssystem in der zentralamerikanischen Region durch den nicaraguanischen Volksaufstand am 19. Juli 1979 grundlegend in Frage gestellt worden war.

Die Zerschlagung subjektiver und objektiver Vorbedingungen für eine revolutionäre Perspektive in Nicaragua und im Rest von Zentralamerika wurde zum wichtigsten Ziel der nordamerikanischen Politik in den gesamten 80er Jahren.

Als erstes gelang es den USA 1979, über die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und den Vertreter der nordamerikanischen Regierung für Zentralamerika, William Bowdler, VertreterInnen der Bourgeoisie an der neuen nicaraguanischen Regierung zu beteiligen.

Als im April 1980 die direkten VertreterInnen der nicaraguanischen Bourgeoisie aus den Regierungsorganen ausschieden, betrachtete das US-Außenministerium dies als "Verletzung getroffener Vereinbarungen" und nahm es zum Anlaß, die Contra aufzubauen.

Die Politik der Reagan-Administration war gegen die wichtigsten Elemente der Volksmacht gerichtet, die aus dem Aufstand hervorgegangenen waren. Die wichtigsten Ziele der von der US-Regierung bewaffneten und aufgebauten Contra-Armee bestanden in der Entwaffnung der Milizen, der Diskreditierung der zivilen Verteidigungskomitees und dem Angriff auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und städtischen Organisationen, die sich für die Land- und Stadtreform einsetzten.

Nebst militärischen Aggressionen der Contras und der Verhängung des Handelsembargos vervollständigten die Vereinigten Staaten ihre Taktik der Zermürbung, bekannt unter dem Namen "Krieg niedriger Intensität" mit der Tolerierung (ab "Contadora", Januar 1983), und später der Annahme ("Esquipulas", Mai 1986) eines Verhandlungsprozesses. Er sollte den politischen Kräften der nicaraguanischen Rechten erlauben, ihren politischen Spielraum im Landesinneren zu vergrößern.

Die fast vollständige militärische Niederlage der Contra gab dem Verhandlungsprozeß zusätzliches politisches Gewicht. Zwei Absichten wurden verfolgt:

1. Eröffnung eines politischen Spielraums für die nicaraguanische Rechte.
2. Verhinderung einer definitiven Niederlage der Contra. Diese sollte als Druckmittel in den laufenden Verhandlungen benutzt werden. Ihre bloße physische Existenz verhinderte eine Demobilisierung des sandinistischen Heeres, sorgte für die Aufrechterhaltung des (obligatorischen) Militärdienstes und die Fortsetzung der schwindelerregenden Militärausgaben. Sie beschleunigte die Inflation sowie die politische und soziale Erosion der sandinistischen Front für die Nationale Befreiung (Frente Sandinista de Liberación Nacional, FSLN). Diese Faktoren sollten die wichtigsten Gründe für die spätere Wahlniederlage des FSLN werden.

Contadora öffnete die Türen für diesen Prozeß von Verhandlungen und einseitigen Konzessionen seitens der sandinistischen Regierung. Kulminationspunkt der ersten Etappe dieses Prozesses war Esquipulas II (Guatemala, August 1987), wo die sandinistische Regierung größere Konzessionen machte, als im ganzen vorangegangenen Prozeß von Contadora.

Dieser Prozeß einseitiger Konzessionen steigerte sich im gleichen Maße, wie sich die interne wirtschaftliche Situation verschlechterte. Der Zeitraum zwischen Esquipulas II, Sapoá (Nicaragua, März 1988) und San Isidro de Coronado (Costa Rica, Dezember 1989) erlaubte es der Rechten, sich trotz der militärischen Niederlage der Contra und ihres entsprechenden Fiaskos als Alternative, politisch zu entwickeln.

Die Contra war militärisch geschlagen, aber nicht entwaffnet. Sie trug dazu bei, den internen Spielraum für die nicaraguanische Rechte zu vergrößern, das Land weiterhin ökonomisch zu unterminieren, die Massen mit zahllosen Entbehrungen zu demoralisieren, die soziale und politische Unterstützung für die FSLN zu schwächen und die sandinistische Regierung dazu zu zwingen, einen Wahlprozeß unter außerordentlich schwierigen politischen Bedingungen durchzuführen. Dies führte schließlich zum Wahlsieg der U.N.O. und zu deren Regierungsübernahme.

# 1979: DER TRIUMPH DER REVOLUTION

Nach der gewaltsamen Vertreibung des Somoza-Regimes im Juli 1979 wurde ein doppeltes Vakuum befürchtet: ein Macht- und ein Legitimationsvakuum. Die FSLN füllte das der Macht; die Legitimation sollte sich in einer großen nationalen Koalitionsregierung manifestieren. Die Aufrechterhaltung dieser Koalition war jedoch schwierig, weil sie nicht aus einem sozialen Konsens, sondern aus einem Bruch hervorging.

Zudem begann der gegen die Somoza-Diktatur entstandene Konsens sich auflösen. Obwohl die FSLN die Waffen und die Macht hatte, konnte sie sich nicht konsolidieren, sondern wurde im Gegenteil tagtäglich durch den Privatsektor herausgefordert. Die soziale und politische Harmonie mit der Bourgeoisie konnte sich nur einige Monate halten.

Fünf Monate nach dem revolutionären Triumph veröffentlichte die Leitung des Obersten Rates des Privaten Unternehmertums (Consejo Superior de la Empresa Privada, COSEP) ein Kommuniqué: "Die Stimmung des Optimismus, die unmittelbar nach dem Sieg gegen die Diktatur vorherrschte, wurde schnell durch Zweifel, Unsicherheit und Mißtrauen aufgezehrt".

Genau 9 Monate nach dem Triumph der Revolution trat Violeta Chamorro von der Regierungsjunta für den Nationalen Wiederaufbau zurück. 3 Tage später verblieben in der Junta nur noch die drei Sandinisten (Ortega, Ramírez, Hassan), da Alfonso Robelo am 22. April ebenfalls zurücktrat, nachdem er erfolglos eine größere Beteiligung der Unternehmer an der Regierung gefordert hatte.

6 Tage vor seinem Rücktritt verkündete Robelo, das Volk habe seine Regierung nicht ausgewählt und er verlangte "wirklich freie Wahlen". Bei seinem Rücktritt stellte er die Zusammensetzung des Staatsrates in Frage, der am 4. Mai (neben der Regierungsjunta) als gesetzgebendes Organ seine Arbeit aufnehmen sollte.

Das als provisorische Verfassung bis Januar 1987 gültige "Grundstatut über Rechte und Garantien der Nicaraguaner", sah für den Staatsrat 33 Sitze vor: 6 für die FSLN, 15 für ihre Massenorganisationen und den Rest (12 Sitze) für die übrigen politischen und wirtschaftlichen Kräften, 6 davon für den COSEP.

Die FSLN vergrößerte die Anzahl der Sitze von 33 auf 47, um eine stärkere Integration der Gewerkschaften und Massenorganisationen zu ermöglichen. Diese hatten sich nach dem Sturz Somozas unter Leitung der FSLN gebildet, bzw. entscheidend vergrößert. Dadurch sicherte sich die FSLN die absolute Mehrheit im Staatsrat und brach definitiv mit der nationalen Koalition.

Die Demokratisch Konservative Partei (PCD), die Christlich-Soziale Partei (PSC), sowie die Nicaraguanische Demokratische Bewegung (MDN) drohten ebenso wie der COSEP mit einem Boykott des Staatsrates. Damit kam es zum offenen Machtkampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und der FSLN.

Ab Mai 1980 begann der COSEP, öffentlich und verdeckt Druck auszuüben, um die FSLN zu veranlassen, "freie und demokratische Wahlen" abzuhalten. In geheimen Verhandlungen verpflichtete sich die FSLN, innerhalb der nächsten Monate ein Wahldatum bekanntzugeben. Am 18. Mai nahmen die Konservativen Rafael Córdoba Rivas und Arturo Cruz die zwei freien Sitze der Regierungsjunta wieder ein. Die nationale Koalition wurde so zumindest teilweise wieder gekittet.

Am 23. August kündigte Humberto Ortega - Mitglied der politischen Leitung des FSLN - die Durchführung der Wahlen für 1985 an. Der Wahlprozeß sollte im Januar 1984 eröffnet werden. In einem von ihm verlesenen Kommuniqué wurde bekanntgegeben, daß die Wahlen dazu dienen sollten, "die revolutionäre Macht zu verbessern, sie jedoch nicht auf's Spiel zu setzen, weil das Volk durch seine Avantgarde, die FSLN, und ihrer nationalen Leitung, die Macht in den Händen hat."

Am 14. September 1980 unterzeichneten PCD, PSC, PSD (Sozialdemokratische Partei) und MDN ein Kommuniqué gegen den ihrer Ansicht nach zu späten Wahltermin. Erstaunlicherweise enthielt sich der COSEP einer Stellungnahme.

Im November 1980 brachte dann die MDN zusammen mit dem COSEP die Wahlfrage erneut zur Sprache. Nachdem am 27. Aug. die Regierung jede Wahlaktivität untersagt hatte, erschien die Absicht der MDN, am 10. November in Nandaime eine Demonstration durchzuführen, für die öffentliche Meinung als klare Herausforderung der FSLN.

Weiterhin geisterte das Gespenst der Wahlen herum. Der COSEP brach sein bisheriges Schweigen mit einer Stellungnahme, in der er seinen Mißmut über den Wahltermin ausdrückte. "Die

"Wahlen" - so das Kommuniqué - "sind auf Befehl der FSLN ohne jede Begründung hinausgeschoben worden."

In einem weiteren Kommuniqué vom 10. November vertrat der COSEP die Meinung, daß "die radikalsten Sektoren der FSLN mit marxistisch-leninistischen Tendenzen ein kommunistisches wirtschaftspolitisches Projekt, inklusive eines totalitären Staatskapitalismus mit allen Einschränkungen der Bürgerfreiheiten, aufbauen wollen." Der politische Krieg war damit erklärt.

Ronald Reagan gewann die US-Wahlen im November 1980. Seine tiefe Antipathie gegen die SandinistInnen war bereits bekannt. Zudem wurde einige Tage vor dem Wahltermin eine Analyse der nordamerikanischen "Heritage Foundation" veröffentlicht, die zum Sturz der FSLN aufrief. Die Antisandinisten unterwarfen sich rasch dem nordamerikanischen Diktat und die Geschichte brachte einmal mehr die bekannten Protagonisten in Stellung: Auf der einen Seite die pro-nordamerikanischen Sektoren, diesmal vertreten durch PCD, PSC, PSD, MDN und COSEP. Auf der anderen Seite die NationalistInnen und Anti-ImperialistInnen, vertreten durch die FSLN und die Parteien der nicaraguanischen Linken.

Angesichts des Wahlresultates vom 25. Februar 1990 können wir uns fragen, ob dieser tiefe Bruch in der nicaraguanischen Gesellschaft nicht hätte verhindert werden können, wenn die SandinistInnen einen früheren Wahltermin akzeptiert hätten. Wahrscheinlich ja.

Während der COSEP und seine Parteien Druck ausübten, um Wahlen durchzuführen und damit die Macht zurückzuerobern, zögerte die FSLN die Wahlen heraus, um sie zur Erneuerung ihrer eigenen Legitimation einzusetzen. Das sandinistische Modell beinhaltete die Koexistenz mit dem Kapitalismus und mußte deshalb den politischen Ausdruck der verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren in einer Wahlauseinandersetzung einbeziehen. Es war notwendig, an den Urnen um die Macht zu kämpfen, um die eigene Legitimation zu konsolidieren.

Ein weiteres wichtiges Element im Kampf um die Macht bestand in der Unklarheit über den strategischen oder bloß taktischen Charakter der gemischten Wirtschaft und des politischen Pluralismus.

Hätten 1981 oder 1982 allgemeine Wahlen stattgefunden, hätte die FSLN einen beeindruckenden Sieg gegen ihre Gegner errungen. Zu diesem Zeitpunkt bestand ein weitgehender nationaler Konsens, den die FSLN mit ihrer Kriegsführung gegen Somoza erreicht hatte und bis dahin aufrecht erhielt. Es wäre möglicherweise

gelungen, die reaktionärsten Sektoren zu isolieren, die ab 1981 die von den USA finanzierte Konterrevolution anführen sollten.

Diese Sektoren, insbesondere die MDN, verlangten am 3. Jahrestag der Ermordung von Dr. Pedro Joaquín Chamorro, im Januar 1981, erneut Wahlen. Alfonso Robelo veröffentlichte Auszüge aus einem Editorial des ermordeten Journalisten und verkündete, daß "die Verweigerung der Volkswahl das Land auf den Weg der Gewalt führen wird, und uns eine schlimmere Bilanz hinterlassen kann, als das, was wir bis jetzt gesehen haben. Die Verweigerung von Wahlen ist das Gleiche wie die Konfiszierung von Eigentum. Die Bürger werden eines Rechtes beraubt." Somit wurde die politische Basis für die Konterrevolution geschaffen, die sich in den folgenden Jahren verstärkte. Robelo, der Chef der MDN, wurde ihr Anführer.

Er löste einen weiteren gewalttätigen Zusammenstoß mit der revolutionären Regierung aus, indem er am 15. März 1981, wiederum in Nandaime, eine Demonstration zu organisieren versuchte. "Nandaime va!" war seine zentrale Losung. Nach mehreren Wochen öffentlicher Streitereien und einem langen Hin und Her mit dem Innenministerium, das die Demonstration zuerst verbot, dann eine Veranstaltung in geschlossenen Räumlichkeiten bewilligte, und schließlich die Demonstration doch erlaubte, schickte Robelo seine Leute auf die Strasse. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Gruppen der FSLN und der MDN. Schließlich verhinderten erregte sandinistische Gruppen die Demonstration.

Robelo versuchte damit erneut, die Absicht der Regierung zu durchkreuzen, den Beginn der Wahlpropaganda bis zum Januar 1984 hinauszuschieben und die Wahlen erst 1985 abzuhalten. Die Verengung des internen politischen Spielraums diente als Rechtfertigung der konterrevolutionären Aktivitäten.

Bei der Feier zum zweiten Jahrestages der Revolution prangerte Daniel Ortega die Drohungen von Präsident Reagan an. Er beschwerte sich, daß die nicaraguanischen Kapitalisten, die 1978 1,26 Milliarden Córdobas investiert hatten, 1981 nur noch 589 Millionen investierten. Er beschuldigte sie der Kapitalflucht und verkündete die Enteignung von 11 Unternehmen. Am gleichen Tag gab er die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Landreform und Bildung von Kooperativen, sowie die Verstaatlichung des nicht-traditionellen Exportsektors und der lokalen Zuckerverteilung bekannt. Die Ländereien derjenigen, die das Land verlassen hatten und innerhalb von 6 Monaten nicht zurückkehrten, wurden enteig-

net. Der totale Bruch mit der Bourgeoisie und der nationalen politischen Koalition wurde eine Tatsache.

Zu diesem Zeitpunkt waren die in Florida (USA) ausgebildeten Somozistischen Guardias bereits in Honduras stationiert. Erste gemeinsame Militärmanöver der nordamerikanischen und honduranischen Armee wurden durchgeführt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1981 marschierten 2000 Bewaffnete von Honduras aus in Nicaragua ein. Das wichtigste Brennstofflager des Landes in Corinto wurde von gepanzerten Schnellbooten, die von einem vom CIA gecharterten Schiff aus angegriffen, beschossen.

Die US-Regierung bewilligte 1982 19 Millionen Dollar für verdeckte Operationen des CIA gegen Nicaragua. Der Krieg nahm zu, erste Symptome wirtschaftlicher Verschlechterung traten ein, die Haltung der nicaraguanischen Regierung radikalierte sich.

Mehr als 4.000 Contras nahmen 1982 hauptsächlich in den Grenzregionen an verschiedenen Angriffen teil. Ihnen gelang es jedoch nicht, eine soziale Basis im Landesinneren aufzubauen. Bei einer weiteren Infiltration im Februar 1983 konnten die Contras jedoch nicht mehr innerhalb der Grenzzone zurückgehalten werden. Der Angriff wurde erst 15 Kilometer vor Matagalpa, einer der sechs wichtigsten Städte des Landes, gestoppt. In dieser schwierigen militärischen Situation führte die Regierung den obligatorischen Militärdienst ein, der im September 1983 gesetzlich verankert wurde.

Gleichzeitig verschwanden Adolfo Calero, Alfonso Robelo und mit ihnen die ganze MDN von der politischen Bühne Nicaraguas. Andere bekannte Dissidenten waren Edén Pastora, Alfredo César und Arturo Cruz. Die vier letzten waren prominente Mitglieder der sandinistischen Regierung in den ersten drei Jahren nach der Revolution. Sie alle reihten sich in das Projekt der Konterrevolution ein, um im Ausland das Image eines nationalen Widerstandes gegen das politische Projekt des FSLN aufzubauen. Dank dieser Blutauffrischung wurde die Contra nicht mehr nur als Truppe somozistischer Ex-Guardias angesehen, obwohl diese in Tat und Wahrheit immer noch ein relativ großes Gewicht behielten. Der Contra gelang es damit, auf dem Land eine gewisse soziale Basis aufzubauen.

# DIE WAHLEN 1984

Am 4. Dezember 1983 gab Daniel Ortega bekannt, daß am 31. Januar 1984 der Wahlprozeß beginnen werde und die Wahlen auf den 4. November 1984 vorverlegt würden. Damit wollte die sandinistische Regierung einer fortschreitenden Isolierung entgegentreten, die die USA voranzutreiben versuchte.

Für die US-Regierung wurde es schwierig, die Wirtschaftshilfe für die Contra beim Kongreß unter dem Vorwand durchzusetzen, es fänden keine Wahlen statt. Die Hilfe wurde im August 1984 prompt suspendiert.

Durch die Bekanntgabe des Wahltermins machte die nicaraguani-sche Regierung die politischen und diplomatischen Argumente der US-Administration (Diktatur der Sandinisten, kein politischer Pluralismus) für die Unterstützung der Konterrevolution hinfällig.

Die ersten Reaktionen der verschiedenen Parteien Nicaraguas konzentrierten sich auf 3 Hauptpunkte:

1. Sie hielten die Realisierung der Wahlen für ein taktisches Manöver der FSLN.
2. Sie nahmen an, daß die Wahlen innerhalb einer Partei, der FSLN, stattfinden würden.
3. Die rechtsgerichteten Parteien schlugen die Wahl einer Nationalversammlung mit konstituierendem Charakter vor. Diese sollte die provisorische Armee ernennen.

Die progressiven und linken Parteien schlugen vor, daß gleichzeitig die die Exekutive und die Legislative konstituierende Versammlung gewählt werden sollte.

Zu dieser Zeit war ein Notstandsrecht mit militärischem Charakter in Kraft, das die Medien- und die Versammlungsfreiheit der Parteien einschränkte. Die rechten Kräfte erachteten deshalb Folgendes für nötig:

1. Aufhebung des Notstandsrechtes oder zumindest teilweise Beseitigung dieses Gesetzes mit Aufrechterhaltung im militärischen Bereich. Beseitigung in allen Bereichen, die mit den Wahlvorbereitungen zu tun hatten.

Die Sozialdemokratische Partei, die Konservative Partei (Fraktion von Silviano Matamoros) und die Christlich-Soziale Partei schlugen vor, daß andere Staaten mittels der OAS, der UNO oder der Contadora die Verantwortung für die Oberaufsicht über den Wahlprozeß übernahmen. Eigene Streitkräfte sollten eingesetzt werden, um

den Wahlprozeß zu garantieren und die Stimmen zu zählen. Ange-sichts dieser Forderungen schlug die FSLN die Präsenz von internationalen Beobachtern vor, um saubere Wahlen zu garantieren. Darunter sollten VertreterInnen der Contadora, der Sozialistischen Internationalen, der Liberalen Internationalen, der Christdemokratischen Internationalen, der Blockfreien Staaten und der UNO sein. Die FSLN beharrte auf ihren Forderungen, weil sie der Ansicht war, der Vorschlag der drei erwähnten politischen Parteien verletze die nationale Souveränität. Darin wurde sie von anderen Parteien unterstützt.

Ein weiteres umstrittenes Thema war das Stimmrechtsalter. Die SandinistInnen schlugen auf Grund der großen Beteiligung der Jugendlichen in der Alphabetisierungskampagne, der Verteidigung und bei anderen Aufgaben, das Stimmrecht ab dem 16. Lebensjahr vor. Die Meinung innerhalb der Rechten war geteilt. Einige fanden, daß in diesem Alter die psychologische Reife fehle, andere, daß dieser Teil der Bevölkerung so oder so für die FSLN stimmen würde. Schließlich setzten sich die SandinistInnen mit ihrem Vorschlag durch.

Die 1981 gegründete "Nicaraguanische Demokratische Koordination" (CDN) integrierte folgende Parteien: MDN, Christlich-Soziale Partei (PSC), Sozialdemokratische Partei (PSD), die Liberale Konstitutionelle Bewegung (MLC) sowie folgende gewerkschaftliche Organisationen: "Arbeiterzentrale von Nicaragua" und das "Bündnis der gewerkschaftlichen Einheit", beide unter Kontrolle des COSEP. Alle hatten seit jeher die Durchführung von Wahlen gefordert, gleichzeitig aber darauf vertraut, daß die Contra letzten Endes militärisch siegen würde. Deshalb vernachlässigten sie den Wahlkampf. Ihr Druck, Wahlen durchzuführen, war eher in einem politischen Faktor - der Anfechtung der Macht der SandinistInnen - begründet, als in einem wirklichen Interesse an den Wahlen. Die CDN setzte auf den militärischen Weg der Konterrevolution, der von der Reagen-Administration vorangetrieben wurde.

Die US-Regierung, der COSEP und die CDN verhielten sich demnach ablehnend gegenüber den Wahlen. Die "Unabhängige Liberale Partei" (PLI) unter Virgilio Godoy hingegen verkündete als erste Partei ihre Teilnahme.

Zwei Tage nach der Festlegung des Wahldatums erlitt die Konservative Partei (PSD) die erste von vielen nachfolgenden Spaltungen. Damit begann ein Atomisierungsprozeß, der viele politische Parteien in Mitleidenschaft zog. Letztendlich existierten im Juni 89

21 Parteien. Ende März 1984 verkündete auch die Sozialistische Partei Nicaraguas ihre Teilnahme an den Wahlen.

Wenige Tage nach Bekanntgabe des Wahldatums erklärte Arturo Cruz dem "Christian Science Monitor" in Washington, daß er Präsidentschaftskandidat werden könnte. Er forderte direkte Verhandlungen mit der Contra und stimmte darin mit dem COSEP überein.

Ende April 1984 rief die Bischofskonferenz von Nicaragua durch einen Hirtenbrief ebenfalls zum Dialog mit der Contra auf. Am 24. Mai entschloß sich die CDN, keine Kandidaten für die vorgesehenen Wahlen einzuschreiben, wenn sich die politische Atmosphäre im Land nicht verändere. Im Juli allerdings stellte sie Dr. Arturo Cruz und Lic. Adan Fletes als Kandidaten für die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft auf. Die CDN schrieb sie jedoch nicht ein, da die Regierung ihren Forderungen nicht nachkam. Die Nominierung dieser Kandidaten beunruhigte die SandinistInnen, da sie vermuteten, es handele sich um einen politischen Schachzug, um die Wahlen in Verruf zu bringen. Das Spiel bestünde darin, am Wahlkampf teilzunehmen, sich jedoch in letzter Minute mit der Behauptung zurückzuziehen, die Regierung gebe keine Minimalgarantien, sondern bereite einen Wahlbetrug vor.

Der Kandidat Cruz landete von Washington kommend am 23. Juli in Managua, wo er sich hinter das 9-Punkte-Programm stellte, das die CDN am 24. November 1983 aufgestellt hatte. Dieses Programm umfaßte folgende Punkte:

- Trennung von Staat und Partei
- Aufhebung der Gesetze, die die Menschenrechte verletzen
- Aufhebung der Notstandsgesetze
- Amnestie
- Respektierung der Religionsfreiheit
- Garantierung der Gewerkschaftsfreiheit
- Unabhängigkeit der Judikative
- Gesetz zum Schutz und nationalen Dialog mit allen Parteien und politischen Bewegungen einschließlich der bewaffneten Gruppen.

Arturo Cruz erklärte: "Keiner soll behaupten, wir hätten versucht, die Sandinisten auszutricksen, die Wahlen zu sabotieren, in letzter Minute die FSLN in eine peinliche Situation hineinzumanöverieren und somit nachfolgende Aktionen im Voraus zu rechtfertigen." Die CDN hatte folgende Ziele:

- Verhandlungen der FSLN mit der Contra, falls dies nicht erreicht würde

- Anzweiflung der Legitimität der Wahlen. Ein eventueller Wahlsieg der FSLN sollte von der internationalen Meinung nicht als rechtmäßig angesehen werden
- Vergrößerung des politischen Spielraums, damit die sandinistische Regierung nicht "totalitär" würde.

Vor dem 4. August, dem Abschluß der Einschreibefrist für die KandidatInnen, gab der Oberste Wahlrat einem Gesuch der PSC um Verlängerung der Frist nach. Der PSC wurde von der Christdemokratischen Internationalen gedrängt, an den Wahlen teilzunehmen und sich nicht hinter die Weisung zur Wahleinhaltung zu stellen, die von der US-Regierung herausgegeben und vom COSEP übernommen wurde. Mitte August gab die CDN in einem ihrer Hauptpunkte nach und eröffnete der Regierung, die Contra lehne es ab, an einem Dialog mit der Regierung teilzunehmen.

Zwei Elemente kennzeichnen demnach bis heute das politische System in Nicaragua:

1. Der bestimmende Einfluß der USA in einigen Sektoren der nicaraguanischen Gesellschaft, wo der Glaube vorherrscht, daß die USA in letzter Instanz entscheide, welche Art von Regierung in Nicaragua an die Macht kommt.
2. Nie gab es in Nicaragua einen Regierungswechsel ohne Revolutionen, Staatsstreich oder militärische Interventionen der USA. Es gab keine politische Kultur eines friedlichen Machtwechsels.

Im Juli 1984 stand von 7 Parteien die Teilnahme an den Wahlen fest.

- FSLN
- Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN)
- Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC)
- Kommunistische Partei Nicaraguas (PCdeN)
- Bewegung der marxistisch-leninistischen Volksorganisation (MAP-ML)
- Demokratisch-Konservative Partei (PCD)
- Unabhängige Liberale Partei (PLI)

Bereits am 26. Dezember 1983 starteten der COSEP und die CDN, der sich unterdessen eine Fraktion der PCD angeschlossen hatte, eine Kampagne. Darin erklärten sie die Wahlen für unrechtmäßig und stellten verschiedene Bedingungen auf. Damit bereiteten sie ihren Rückzug von den Wahlen vor und beendeten ihre Wahlkampagne. Um nicht völlig außerhalb des Wahlkampfes zu stehen, forderten die der CDN angeschlossenen Parteien in der "La Prensa" dazu auf, an den Einschreibungen teilzunehmen.

Die Taktik der Reagan-Administration beruhte seit 1983 auf zwei Hauptachsen:

- Unterstützung der bewaffneten Aktionen der Contra
- Unterstützung der internen Opposition, um die nicaraguanische Regierung zu veranlassen, die für 1985 vorgesehenen Wahlen schon 1984 durchzuführen.

Nach Bekanntgabe des Wahldatums versuchte sie, den Wahlprozeß durch einen 5-Punkte Plan zu diskreditieren:

1. Wahlboykott durch die CDN, einige Sektoren des PLI und der PCD.
2. Verstärkung der militärischen Aktionen der Contra, um die Wahlen in ausgedehnten Gebieten des Landes zu verunmöglichen. Die Intensivierung der konterrevolutionären Aktionen im Jahre 1984 war sichtbar an der Anzahl der Todesopfer pro Monat und der Anzahl der täglichen Kämpfe. Zwischen Januar und November 1984 kam es durchschnittlich zu 4,5 bewaffneten Zusammenstößen pro Tag.

Die Verstärkung der bewaffneten Aktionen hatte ein politisch-militärisches Ziel - die Kontrolle über einen geographischen Raum und gewisse Sektoren der Bevölkerung - und ein wirtschaftliches Ziel - Schädigung der Wirtschaft in bestimmten Gebieten, um die dort ansäßigen Bauern zur Abwanderung zu bringen -. Die Zunahme der militärischen Aktivität der Contra hatte zur Folge, daß 40% des nationalen Budget für die Verteidigung des Landes und nicht für dessen produktive Entwicklung verwendet wurden.

3. Diskreditierung der Wahlen auf internationaler Ebene, um Nicaragua diplomatisch zu isolieren. Der FSLN sollte evtl. Wahlbetrug oder mangelnde Flexibilität bei den Contadora-Abkommen unterstellt werden. Mit dem Rückzug von Arturo Cruz (Kandidat der CDN), Virgilio Godoy (Kandidat des PLI) und Sektoren der PCD sollten die Wahlen an Ansehen verlieren und die internationale Unterstützung der Revolution abrücken. Die Reagan-Administration behauptete im Gegensatz zur nicaraguanischen Regierung, die Bemühungen der Contadora zu unterstützen. Sie hoffte, daß diese die Contadora-Abkommen boykottieren und somit Verbündete auf internationaler Ebene verlieren würde. Mit der Unterzeichnung der Contadora-Abkommen im September 1984 gelang es jedoch der Regierung Nicaraguas, die US-Regierung in ihrer Nicaragua-Politik zu isolieren und einen gewissen internationalen Freiraum zu erhalten.

4. Internationale Organisationen sollten veranlaßt werden, multilaterale Finanzierungen an Nicaragua zu kürzen und/oder zu blockieren. Der US-Regierung gelang es, wirtschaftliche Engpässe zu schaffen, da wichtige Finanzhilfen (z.B. des IWF und der Weltbank) ausfielen. Die USA haben dort faktisch ein Vetorecht.

5. Verschärfung des wirtschaftlichen Verschleißes und der Inflation aufgrund bewaffneter Aktionen, der "unsichtbaren" Wirtschaftsblokade und der Kürzung internationaler Finanzhilfe.

6. Verstärkung der sozialen Unzufriedenheit durch Versorgungsengpässe und Spekulation. Dies sollte der Rechten erlauben, ihre Angriffe gegen die Revolution zu verstärken und ihre soziale Basis zu verbreitern. Der USA sollte dies als Alibi für eine eventuelle direkte militärische Aktion dienen.

Als Fernziel sollte die soziale Basis der Revolution unterhöht und verhindert werden, daß die FSLN durch die Wahlen im November 1984 einen sozialen Konsens erreichen würde.

Der Plan ließ sich nicht realisieren, weil die Bevölkerung sich massiv an den Wahlen beteiligte und die nationale und internationale Politik der Rechten, insbesondere der CDN, zu schwerfällig war.

Die Wahlen fanden am vorgesehenen Tag, am 4. Nov. 1984 statt, die FSLN ging als Siegerin hervor. 3.876 Wahllokale wurden im ganzen Land errichtet, davon konnten 16 nicht eröffnet werden, weil sie sich in Kriegszenen mit geringer Sicherheit befanden.

Eingeschriebene Bevölkerung:	1.560.588
Abgegebene Stimmen:	1.170.142
Stimmenthaltungen:	390.446
Ungültige Stimmen:	71.209

#### Verteilung der Sitze in der Nationalversammlung nach Stimmprozenten:

- FSLN	67%	61	Abgeordnete
- PCD	14%	14	"
- PLI	9.6%	9	"
- PPSC	5.6%	6	"
- PCdeN	1.5%	2	"
- PSN	1.3%	2	"
- MAP-ML	1.0%	2	"

Als eines der wichtigsten Resultate der Wahlen stellte sich eine gewisse politische und soziale Einigkeit unter

der Hegemonie der FSLN heraus. Die Rechten hingegen litt unter der Führungskrise der Bourgeoisie und dem Mangel an politischen Alternativen. Wie zu Zeiten der direkten militärischen Interventionen übernahmen die USA erneut die politische Führung der internen und der bewaffneten Konterrevolution.

Trotz des Triumphes der FSLN fand jedoch ein Wechsel in der Wirtschaftspolitik der Regierung statt. Sie machte strategische Konzessionen und ermöglichte es der Rechten, sich aufzufangen.

## DIE WAHLEN 1990

Der Wahlprozeß von 1990 stellte die politische und wirtschaftliche Zukunft Nicaraguas vor entscheidende Probleme.

1. Die Diskussion während der Wahlkampagne beeinhaltete u.a. das politische und wirtschaftliche Modell, das nach dem 25. April 1990 eingeführt werden sollte.

Seit den Wahlen von 1984 wurde eine Wirtschaftspolitik verfolgt, in der die FSLN fast sämtliche Variablen in der nicaraguanischen Gesellschaft kontrollierte. Anderseits beeinträchtigte die im Jahre 1985 beginnende Wirtschaftskrise diese Kontrolle und bot der Opposition mehr Raum. Angesichts dieser Ausgangslage sollte der Wahlprozeß das künftige Modell neu definieren.

2. Die Chancen einer Strömung, sich auf Kosten der übrigen massiv durchzusetzen, waren gering. Auch nach einem Sieg mußte die U.N.O. damit rechnen, mit der FSLN zu einem gewissen Konsens gelangen zu müssen, um das politische und wirtschaftliche Alltagsleben nicht unerträglich werden zu lassen. Schon vor den Wahlen wurde ein wirtschaftspolitischer und sozialer Pakt ins Auge gefaßt: es wurde befürchtet, daß die wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen nach den Wahlen sonst unter der Führung der FSLN zu Streiks, sozialer Unruhe und Widerstand führen würden.

3. Gemäß dem neuen politischen Modell sollten die USA nicht den ganzen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zurückgewinnen, den sie vor der Revolution besaßen. Der FSLN sollte ein gewisser Spielraum eingeräumt werden.

4. Der Plan Arias vom Februar 1987 gab der internen Opposition neuen Elan und versuchte, den Charakter der Revolution durch diplomatischen, politischen und ökonomischen Druck am Verhandlungstisch zu verändern. Trotz der militärischen Niederlage war es

der Contra möglich, mittels Unterstützung der USA die Wirtschaft des Landes weiterhin zu schädigen. Die Wirtschaftskrise wurde für das Volk immer unerträglicher und die Regierung mußte zu unpopulären Maßnahmen greifen, von denen das Volk in keiner Weise profitierte. Anderseits bildete aber das Volk die Hauptstütze im Widerstand gegen den militärischen Plan der USA.

Deshalb machte die Regierung eine Kehrtwende. Der Arias-Plan, der noch im Februar 1987 als imperialistischer Plan des CIA denunziert wurde, galt ab Juni 1987 als beste Alternative zur Lösung des Konfliktes in Zentralamerika.

Die Contra und die US-Regierung hofften auf weitere Konzessionen seitens der nicaraguanischen Regierung, die ihrerseits auf einen definitiven militärischen Schlag gegen die Contra setzte, um nicht direkt mit ihr verhandeln zu müssen. In der Zeit nach den Gesprächen in Esquipulas verschärfe sich jedoch die Wirtschaftskrise und zwang die FSLN, acht Monate später in Sapoá direkte Verhandlungen mit der Contra aufzunehmen.

5. Im Laufe der verschiedenen Treffen der zentralamerikanischen Präsidenten zeichnete sich ein Wandel ab: Der Konflikt in Nicaragua sollte politisch und nicht militärisch gelöst werden. Die militärischen Aktionen der Contra verloren auf internationaler Ebene jegliche Existenzberechtigung. Die Vereinbarungen der zentralamerikanischen Präsidenten gaben den politischen Parteien in Nicaragua neuen Spielraum und öffneten die Türe zu einem, über Wahlen entschiedenen, neuen wirtschaftspolitischen Modell. Dies bedeutete, daß die Opposition die FSLN als bleibende Kraft akzeptierte und diese wiederum die Existenz einer proamerikanischen, rechten Opposition in Kauf nahm.

6. Die zentralamerikanischen Präsidenten profitierten von der Zeitspanne zwischen Reagans Abgang und Bush's Regierungsübernahme und im Februar 1989 trafen sie sich in El Salvador, wo sie nicht mehr Verhandlungen mit der Contra, sondern mit der internen Opposition in Nicaragua forderten. Präsident Ortega versprach baldige Wahlen zur Festlegung des neuen politischen Modells. Dies und weitere Konzessionen machten die Wahlen akzeptabel. Einige konterrevolutionäre Führer begriffen die Kehrtwende und entschieden sich für ihre Rückkehr nach Nicaragua, um am Wahlprozeß teilzunehmen. Die zentralamerikanischen Präsidenten standen somit für ein neues politisches Modell ein, das sich sowohl von jenem Somozas, als auch von dem der FSLN unterschied, das sie in einer Kadersitzung im September 1979 entworfen hatte.

7. Im neuen politischen Modell wurde der Einfluß der FSLN garantiert, im Vergleich zu den 1979 von der FSLN ausgedrückten Vorstellungen jedoch zurückgeschraubt. Allerdings war er stärker als jener, den die rechten Parteien zur Zeit der Wahlen 1984 zu akzeptieren bereit waren. Der FSLN-Einfluß sollte wichtig, jedoch nicht entscheidend bleiben. Die externe Finanzierung für die Erholung der Wirtschaft stand im Zentrum der Diskussionen für den Zeitraum nach den Wahlen 1990.

## DIE WAHLRESULTATE

1. Die FSLN erhielt 579.886 Stimmen bzw. 40.8% der Stimmen.
2. Die in der U.N.O. vereinigten 14 Parteien erhielten 772.552 Stimmen, bzw. 54.7%. Es wird geschätzt, daß 40% der U.N.O.-Stimmen von unentschiedenen WählerInnen stammten, die sich eine unmittelbare Verbesserung im wirtschaftspolitischen und sozialen Bereich erhofften.
3. Die Wahlresultate drückten klar den Dualismus aus, der die derzeitige Machtkonstellation prägt. Die reaktionären Kräfte errangen einen Teilsieg, der aber der Bourgeoisie nicht eine unbeschränkte Machtausübung erlaubt. Die Doppelmaßt hat sich verändert, ist jedoch nicht verschwunden. Die FSLN behielt genügend Macht, um die Großgrundbesitzer daran zu hindern, ihren ehemaligen Besitz zurückzuerobern. Die Macht der Volkskräfte hat sich dezentralisiert, zerstreut und z.T. versteckt, bis hin unter die Erde, wenn wir an die Waffen denken, die seit dem Kampf gegen die Diktatur dort gelagert wurden.
4. Die Wahlresultate zeigten, daß das Kleinbürgertum zur Konterrevolution überlief. Erneut wurden die revolutionären Strömungen gebremst: Die seit der Revolution von 1979 bestehende Klassenallianz zwischen den Bauern und Bäuerinnen, der städtischen und der ländlichen Kleinbourgeoisie, sowie der ArbeiterInnenklasse begann sich aufzuspalten.
5. Das mögliche Entstehen dazwischenliegender politischer Gruppen, der Rückschlag der FSLN und der Fortschritt der bürgerlichen Kräfte sind Symptome einer Vertiefung der Krise, in der sich die nicaraguanische Gesellschaft befindet.

Während des Wahlprozesses begann das Kleinbürgertum aufgrund der allgemein verschlechterten Lage die Bourgeoisie zu un-

terstützen. Es betrog sich selbst hinsichtlich des Klassencharakters der zukünftigen Regierung und der Konsequenzen der eigenen Aktionen. Der politisch-moralische Einfluß der revolutionären Kräfte bröckelte ab; die sandinistische Regierung repräsentierte nur noch einen Sektor der Bevölkerung; die von einem Sektor der kleinen und mittleren Bauern und Bäuerinnen unterstützten Privateigentümern gewannen an Bedeutung.

Begünstigt wurde die Wahlniederlage der FSLN durch die zerstörerischen Aktionen der USA, den ökonomischen Zerfall und die ideologische Arbeit der institutionellen Kirche, was zu einer Legitimationskrise der sandinistischen Politik führte.

Eine kurzfristige Lösung der generellen Krise in Nicaragua ist nur dann möglich, wenn die beiden sozialen Hauptkräfte eine direkte Konfrontation vermeiden und das Zusammenleben mit dem Gegner akzeptieren. Daran ist auch der US-Imperialismus interessiert, der damit Zeit gewinnt für die Manöver seiner Mittelsmänner. Was ihm in all den Jahren militärischer Unterstützung der Contra nicht gelang, soll jetzt erreicht werden: Die Eliminierung des Sandinismus und die Konsolidierung des bürgerlichen Staates.

Alle sozialen Kräfte sind für Verhandlungen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Alle meinen, ein Zeitgewinn wirke sich zu ihren Gunsten aus. Die derzeitige politische Konjunktur begünstigt demnach die versöhnlichen Kräfte. Allerdings hat die Chamorro-Regierung lediglich Übergangscharakter. Je nach Entwicklung des Geschehens wird sie für einen von den revolutionären Kräften initiierten, vertieften Demokratisierungsprozeß eintreten, oder zu einer reaktionären, pro-imperialistischen und somozistischen Politik zurückkehren. Wie auch immer, die realen und entscheidenden Auseinandersetzungen stehen noch bevor.

Die Chamorro-Berater versuchen mittels Übereinkommen unter den Regierungsbevollmächtigten ihr großes Ziel zu erreichen: Verstärkung der Chamorro-Regierung, Schwächung der reaktionärsten Sektoren der Bourgeoisie, Anbindung der Massenbewegungen an die moderne Bourgeoisie, um die reaktionären Kräfte zu Konzessionen zu zwingen. Andererseits wollen sie die Massenbewegungen für ihre Zwecke benutzen und deren mögliche Gefahr für den bürgerlichen Staat neutralisieren.

Wenn die organisierten Volkskräfte die politische, soziale und ideologische Tragweite der Wahlen nicht begreifen, isolieren sie sich von den anderen sozialen Sektoren innerhalb der Bevölkerung und beginnen sich zu zersplittern. Dies würde die soziale Kraft des Sandinismus enorm schwächen. Deshalb muß die FSLN weiterhin

die sozialen Bewegungen unterstützen und deren Zerstreuung verhindern.

Die Chamorro-Regierung kann sich nicht gegen die reaktionärsten Politiker und die Contra stellen, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet wurde. Es ist klar, daß der von Frau Chamorro repräsentierte Sektor der Bourgeoisie nicht genügend Kraft besitzt, um ohne Bündnisse an der Macht zu bleiben und die Institutionen nach eigenen Vorstellungen zu führen.

Frau Chamorros Beraterstab repräsentiert nicht die Interessen einer neuen Gesellschaft, sondern versucht lediglich, die der alten zu erneuern. Ohne Glauben an sich selbst und an das Volk stützt er sich auf den Imperialismus, um an der Macht zu bleiben. Er murrt über die reaktionärsten Sektoren und zittert vor Volksmobilisierungen. Gegenüber den reaktionären Kräften verhält er sich progressiv, gegenüber den revolutionären reaktionär. Ohne Energie und historische Berufung agiert er wie ein Greis, der dazu verdammt ist, die ersten jugendlichen Impulse eines anti-imperialistischen Volkes anzuführen und gemäß seiner Interessen umzubiegen. Die Chamorro-Regierung muß zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen und der sandinistischen Bewegung vermitteln. Sie will die Phase zwischen Revolution und Konterrevolution überbrücken, indem sie versucht, die FSLN auf eine Rolle des passiven Widerstands zu beschränken. Damit gäbe sie der Bourgeoisie und dem Imperialismus die nötige Zeit, um Kräfte zu sammeln und in die Offensive zu gehen.

Wir befinden uns in einer instabilen und unentschiedenen Phase, in der die revolutionäre Bewegung jederzeit die politische und militärische Initiative übernehmen könnte. Noch ist das Spiel nicht aus, ein Fehler einer der beiden antagonistischen Kräfte könnte den Sieg der anderen zur Folge haben.

Noch ist die Bourgeoisie in der Frage gespalten, wie sie sich gegenüber der FSLN verhalten soll. Eine Minderheitsfraktion plädiert für ihre Liquidierung. Die Mehrheit fühlt sich dazu noch nicht genug stark, geht dem direkten Kampf aus dem Weg und entschied sich für Verhandlungen.

Die kommende Phase könnte von einer bunten Vielfalt verschiedenster Widersprüche gezeichnet sein: MitgliederInnen der U.N.O., die gegen die Chamorro-Regierung konspirieren; SandinistInnen, die Frau Chamorro unterstützen; Frau Chamorro, die die Doppelherrschaft aufrechterhalten will, um die ihr nahestehende extreme Rechte und die Somozisten zurückzuschrauben und sich gegenüber der von ihr befeindeten sandinistischen Bewegung zu behaupten.

ten; eine Exekutive, die ihre Stärke in ihrer Schwäche hat, ihr Ansehen aus der Verachtung schöpft, die sie einflößt; Kämpfe, deren erstes Gesetz darin besteht, keine definitiven Entscheidungen zu treffen: ein ermüdendes Wechselspiel von Spannung und Entspannung.

Obwohl sich die Bourgeoisie im Klaren ist, daß die Chamorro-Regierung und ihre Berater für die gegenwärtige Phase unerlässlich sind, sind einige bürgerliche Politiker unzufrieden mit ihr und wollen sie so bald wie möglich los werden. Die Wahlen machten aus Frau Chamorro in den Augen einiger Sektoren des traditionellen Bürgertums eine unersetzbare Figur. Ihre Kraft liegt in ihrer Verpflichtung gegenüber allen Seiten. Nur sie kann die sandinistische Bewegung eindämmen und gleichzeitig Zeit gewinnen. Sie leitet Schritt für Schritt eine zukünftige Regierung ein, die die politischen Parteien der U.N.O., die Ex-Offiziere der Nationalgarde, die Bürokratie, die Hauptfiguren der katholischen Kirche und die Privateigentümer vereinen soll. Sie alle sollen ein solides Bollwerk gegen das Volk bilden, von dem erhofft wird, daß es der Idee einer Revolution überdrüssig wird. Wichtig ist, Zeit zu gewinnen.

Die hauptsächliche Politik von Frau Chamorro und ihren Beratern besteht deshalb darin, ein gewisses Gleichgewicht zwischen jenen sozialen Kräften herzustellen, die in der derzeitigen politischen Phase den Hauptwiderspruch in der nicaraguanischen Gesellschaft bilden.

## DIE ZIELE DER NEUEN REGIERUNG

Am 25. Februar 1990 änderten sich die politischen Verhältnisse in Nicaragua grundlegend. Die politischen Akteure tauschten auf allen Ebenen ihre Rollen und werden sich fortan neu definieren müssen. Von der revolutionären Avantgarde bis zu den Volkssektoren muß erkannt werden, daß sich die revolutionäre Zuversicht des vergangenen Jahrzehnts in Strategien mit teilweise defensiven Aspekten verwandeln wird.

Die FSLN wird nicht mehr der Motor des revolutionären Prozesses in Richtung Sozialismus sein, sondern zu einem "Garanten der demokratisch verfaßten Ordnung" werden, wie jede progressive Partei in den politischen Systemen des Kapitalismus.

Auf der politischen Ebene wird sich ein unüberwindbarer Widerspruch zwischen einer Verfassung mit stark links-reformistischem Charakter und der von der Mitte-Rechts-Koalition dominierten Legislative herauskristallisieren. Auf der anderen Seite wird die Mitte-Rechts-Koalition versuchen, das Heer von linken Offizieren zu säubern und die klassische militärische Disziplin in den Kasernen wiederherzustellen. Die Unternehmer streben die Privatisierung derjenigen staatlichen Betriebe an, die sich durch ein hohes Maß an Rentabilität auszeichnen, um so dem staatlichen Sektor wichtige ökonomische Ressourcen zu rauben.

Unter anderem sind das die unverwechselbaren Symptome dafür, daß die politischen Uhren in Nicaragua zurückgedreht werden sollen. Sie kennzeichnen das vorläufige Ende eines vielfältigen und widersprüchlichen Prozesses, der fast 11 Jahre dauerte. Andererseits müssen sie aber Ausgangspunkt der politischen Analyse für eine Linke sein, die momentan bittere Stunden der Frustration durchlebt.

Die Massenbewegungen sind mit der Notwendigkeit einer Analyse und Kritik ihrer Organisations- und Kampfformen und gleichzeitig einer neuformierten Rechten konfrontiert. Diejenigen, die von der Dominanz der geopolitischen Konstellationen in der Geschichte überzeugt sind, sehen die Ereignisse in Nicaragua als Beweis dafür, daß übermächtige ausländische Kräfte es unmöglich machen, revolutionäre Prozesse voranzutreiben. Für andere ist die Revolution in Nicaragua noch nicht zu Ende, sondern befindet sich in einer neuen dialektischen Phase.

Violeta Chamorro übernahm die Regierung nach zweimonatigen Verhandlungen, während derer verschiedenste politische Akteure unterschiedlich starken Druck ausübten, um sich entsprechende Machtanteile zu sichern oder um zu verhindern, daß sich die eroberten politischen Spielräume verschließen.

Die am 27. März getroffenen Vereinbarungen zwischen der scheidenden Regierung Daniel Ortegas und der neuen Regierung Violeta Chamorros garantieren beiden Seiten genau die Machtanteile, die sie einander ohne Gesichtsverlust geben konnten. Außen vor bei dieser Machtverteilung blieben die Gruppe um den Vizepräsidenten Virgilio Godoy und die bewaffnete Konterrevolution. Das ist auch der Grund dafür, warum ab diesem Zeitpunkt die Bemü-

hungen um ein politisches Bündnis zwischen beiden vorgenannten Gruppen immer offener zutage traten. Beide verlangten unmißverständlich eine Beteiligung an der Macht, was im Prinzip die Annulierung der getroffenen Vereinbarungen seitens der neuen Regierung bedeutet hätte.

In diesem Kontext muß die starke Mobilisierung der Volkssektoren gesehen werden, die verhindern sollte, daß die Beratergruppe der Staatspräsidentin zu weitreichende Konzessionen an die extreme Rechte mache.

Das Abkommen vom 18. April zwischen der Konterrevolution, der neuen und der alten Regierung erlaubte der Godoy-Gruppe, in die politische Offensive zu gehen. Godoy stellte auf der Parlamentsebene offen die Machtfrage, indem er bei der UNO-internen Kandidatenwahl für das Direktorium der Nationalversammlung versuchte, die Beratergruppe von Violeta Chamorro und deren Sympathisantenkreis ("Las Palmas-Gruppe") zu isolieren.

Godoy und seine Gruppe, die bei der Besetzung der wichtigsten Ministerämter nicht berücksichtigt wurden, glaubten auf diese Weise den Einfluß von Antonio Lacayo und Alfredo César, der beiden wichtigsten Berater der Präsidentin, eliminieren zu können. Doch beide waren nicht bereit, die legislative Macht völlig in die Hände der Godoy-Gruppe zu legen. Darin liegt auch der Grund, warum es bei den Wahlen zum Direktorium der Nationalversammlung zu einer Allianz zwischen der "Las Palmas-Gruppe" und der FSLN kam.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Direktorium der Nationalversammlung zeigen uns folgendes:

1. Die Besetzung des Direktoriums der Nationalversammlung erfolgte nicht so, wie sich dies Virgilio Godoy und seine Verbündeten vorgestellt hatten. Sie blieben mit lediglich 1 von 7 Sitzen in der absoluten Minderheit. Die Wahl der Godoy-Vertrauten Myriam Argüello Morales zur Parlamentspräsidentin mit Hilfe der Gruppe um Staatspräsidentin Violeta Chamorro, basierte auf dem Wissen, daß es sich um eine Person handelt, die politische Bündnisse unter pragmatischen Gesichtspunkten einzugehen vermag. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß Myriam Argüello selbst zu Bündnissen mit der Somoza-Diktatur bereit war.
2. Die Gruppe von Violeta Chamorro erhielt mit 4 Sitzen die Mehrheit im Direktorium der Nationalversammlung. Diesen Triumph hatte sie einer Allianz mit der FSLN zum Zeitpunkt der Abstimmung

zu verdanken, die als Produkt der Vereinbarungen vom 27. März 1990 gesehen werden kann.

3. Die FSLN erreichte 2 Sitze im Direktorium der Nationalversammlung. Dieser Umstand läßt vermuten, daß es auch zukünftig zu Allianzen bei Abstimmungen zwischen der "Las Palmas-Gruppe" und der FSLN kommen kann.

Die Ernennung der neuen Minister und Direktoren der den Ministerien unterstellten Behörden erlauben uns einige Schlußfolgerungen:

Die Godoy-Gruppe und die reaktionärsten Sektoren im Umfeld des Unternehmerverbandes COSEP sind in dem neuen Kabinett nicht vertreten. Dies kann bedeuten, daß sich die extreme Rechte von Godoy bis zur bewaffneten Konterrevolution verbündet, um so zu einer größeren Machtbeteiligung zu gelangen.

Die der CORDENIC und der Beratergruppe der Präsidentin (angeführt von Antonio Lacayo und Alfredo César) nahestehenden Unternehmersektoren bilden das Rückgrat der neuen Regierung. Sie suchen den Dialog mit den SandinistInnen und wollen, unabhängig von der mittelfristig beabsichtigten vollständigen Eliminierung des Sandinismus, unnötige Konfrontationen vermeiden.

Der andere wichtige Sektor im neuen Kabinett ist der der Technokratie. Dieser an das Zentralamerikanische Institut für Betriebsführung (INCAE) angebundene Sektor wird aber bald durch die Akteure im Dunstkreis der Präsidentin verdrängt worden sein.

Weiter gibt es Minister, die parteipolitisch gebunden sind, besonders von der Nationalkonservativen Partei (sie verfügt über enge Kontakte zur Republikanischen Partei der USA), die sich stark gegen die Präsidentschaftskandidatur von Violeta Chamorro aussprach.

Die Ernennung des Erziehungsministers und des Vize-Erziehungsministers kann als eine Konzession an Kardinal Obando y Bravo interpretiert werden. Beide sind für ihre bedingungslose Unterstützung des nicaraguanischen Klerus bekannt.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß Vereinbarungen zwischen der "Las Palmas-Gruppe" und der FSLN notwendig sind.

## **Das Kabinett der Technokraten und Harvard-Zöglinge.**

Die Kabinettszusammensetzung trägt ganz deutlich die Handschrift Antonio Lacayos, Violeta de Chamorros Schwiegersohn, der bereits seit Wochen als der eigentliche Präsident gehandelt wird. Er selbst erhielt mit dem Amt des Präsidialminister den Kabinettsposten mit dem größten politischen Gewicht. Lacayo gehört zu der Gruppe dynamischer Jungunternehmer, die sich durch den ultrarechten Unternehmerverband COSEP in ihrer Entwicklung begrenzt fühlten. Er ist Begründer von CORDENIC (Kommission für den Wiederaufbau und die Entwicklung Nicaraguas), einem Zusammenschluß neoliberaler Jungunternehmer. CORDENIC hat sich bereits in der Vergangenheit durch ihre Bereitschaft zur Wirtschaftskonzertation mit den Sandinisten deutlich von COSEP abgegrenzt. Außer Lacayo sind im neuen Kabinett mit dem Außenminister Enrique Dreyfus und dem Arbeitsminister Francisco Rosales noch weitere CORDENIC Mitglieder. Zwei Ministerämter wurden auch COSEP Vertretern angeboten. Gilberto Cuadra sollte das Bauministerium übernehmen und Jaime Cuadra das Landwirtschaftsministerium. Beide lehnten diese Ernennung jedoch ab. Die *La Prensa* berichtete, deren Ablehnung sei aufgrund der Beibehaltung von Humberto Ortega in seiner Funktion im Heer geschehen. Ramiro Gurdian, COSEP-Vize, dazu: "Die definitive Nominierung General Ortegas gibt dem Privatsektor nicht das Vertrauen, das er gerne gegenüber der Regierung der Präsidentin Chamorro gehabt hätte. Dies gibt nicht die Stabilität für die Produktion."

Ein weiteres Rekrutierungsfeld für das Kabinett bot INCAE. INCAE ist das zentralamerikanische Institut für Unternehmensführung, das in fast allen zentralamerikanischen Ländern einen Sitz hat. INCAE wurde 1964 auf Initiative von mittelamerikanischen Unternehmern mit Assistenz der Harvard University und finanzieller Hilfe durch AID gegründet und ist heute mit verschiedenen nordamerikanischen Verwaltungsschulen zusammengeschlossen. INCAE vertritt ebenfalls eine neoliberale Wirtschaftspolitik.

Silvio de Franco, Wirtschafts- und Entwicklungsminister, war Vize-Direktor von INCAE, Enrique Dreyfus erarbeitete für das INCAE das Programm für die Geschäftsleitung. Francisco Mayorga, der neue Zentralbankdirektor, war über 15 Jahre Professor für Wirtschaft am INCAE. Zu dieser INCAE-Gruppe gesellen sich noch: Dayton Caldera, Vizeminister für Wirtschaft, Emilio Pereira und Leonel Rodriguez, der Minister und Vize-Minister für Finanzen; Pablo Vigil, Post- und Fernmeldeminister; Erwin

Kruger, stellv. Präsidialamtsminister und Antonio Ibarra Mayorga, stellv. Arbeitsminister.

In Managua wird INCAE mittlerweile auch als eigentlicher Regierungssitz gehandelt.

Der Nachfolger von Tomás Borge im heutigen Regierungsministerium ist Carlos Hurtado. Hurtado war längere Zeit aktiver Sandinist, vor allem auch während des Aufstandes. Aufgrund von Streitigkeiten hat er sich dann Anfang der 80er nach Costa Rica abgesetzt und dort mit Alfredo César in der Contra eng zusammengearbeitet. Hurtado gehört dem engeren Kreis der neuen "Machthabenden" an, der sich aus Lacayo, Alfredo Cesar, Violeta Chamorro und ihm zusammensetzt.

Für seine aktive Beteiligung am Wahlkampf sollte auch Obando y Bravo ein Bonbon erhalten. Dies ist mit Sofonias Cisneros als Erziehungsmiester geschehen. Er gilt als fanatischer Katholik, der das gesamte Schulsystem von seinen falschen Werten säubern wird. Er steht als Vertreter einer aufklärungsfeindlichen Unterrichtspolitik.

Auch Jaime Icabalceta, bisheriger Direktor der Freiberufler-Organisation CONAPRO schloß die Lücke des Bau- und Transportministerium. Dieses Ministeramt hatte er bereits 10 Jahre lang unter Somoza inne. Er gehört zu den hartnäckigen Bekämpfern des Sandinismus und zeigte sich noch in der Vorwahlphase in einem Gespräch sehr dankbar gegenüber der bundesdeutschen Konrad-Adenauer-Stiftung. Denn nur dank deren kontinuierlicher und umfangreicher Hilfe konnten sie innerhalb CONAPROS diesen Kampf gegen die Sandinisten führen.

Die Daten für diesen Artikel wurden vom Verein L.U.P.E. zur Verfügung gestellt. In den nächsten Wochen wird L.U.P.E. Kurzinformationen zu den wichtigsten Personen und Organisationen innerhalb und um die U.N.O. und die Chamorro-Regierung in Nicaragua erstellen. *AutorInnen Kollektiv CoCo Piranhas.*

Auf der politischen Ebene wird das Bemühen deutlich werden, Auseinandersetzungen zu vermeiden, in den wesentlichen Fragen kurzfristig Übereinstimmung zu erzielen und gemeinsam im Parlament zu agieren. Ohne Widersprüche werden diese Vereinbarungen sicherlich nicht zu treffen sein, aber beide politische Gruppen werden die Widersprüche als sekundär einstufen. Deshalb können wir von einer gewissen politischen Stabilität in Nicaragua ausgehen, vorbehaltlich unkontrollierbarer Faktoren wie der Godoy-

Gruppe und der Konterrevolution. Die wirtschaftliche und soziale Situation in Nicaragua wird explosiv werden, da sich die Wirtschaftskrise verschärfen und die neue Regierung der Bevölkerung ein Sparprogramm präsentieren wird, das der Bevölkerung wesentlich mehr Opfer abverlangen wird, als das der vorherigen Regierung. Im Gegensatz zu den Jahren 1988 und 1989, wo trotz der tiefen Wirtschaftskrise das Land vom sozialem Frieden geprägt war, werden die in ihrer Gesamtheit volksfeindlichen ökonomischen Maßnahmen früher oder später den Widerstand der Volkssektoren provozieren. Deshalb ist die Gruppe um Violeta Chamorro auf die Kooperation der FSLN angewiesen, denn nur die FSLN kann durch ihren Einfluß auf die Volkssektoren soziale Unruhen verhindern und so die politische Stabilität garantieren, die die ausländischen Kapitalanleger verlangen, um die von der Regierung gewünschten Investitionen zu realisieren.

Aus dem oben skizzierten Szenario läßt sich folgern, daß es für Violeta Chamorro in den nächsten 6 Monaten wichtig sein wird, Godoy zu isolieren, die Contra zu entwaffnen und den Sandinismus zu zähmen. Dies ist die Herausforderung für die neue Regierung.

# **DIE HAUPELEMENTE DER POLITIK DER NEUEN REGIERUNG**

Die Regierung von Frau Chamorro hat es sich zum Hauptanliegen gemacht, kurzfristig die folgenden politischen Ziele zu erreichen:

## **Der Wirtschaftsplan Mayorgas**

Die fehlenden "frischen" Finanzmittel sind ein wesentliches Hindernis für das wirtschaftliche Anpassungsprogramm der neuen Regierung. Eine Zusammenstellung zeigt, daß sie bis zum 15. Mai

lediglich erhalten hat: aus Japan Düngemittel im Wert von 2,5 Millionen US-Dollar, aus den USA 13 Millionen US-Dollar in Form von Lebensmitteln, und aus der Sowjetunion Öllieferungen im Wert von 9,4 Millionen US-Dollar.

In den ersten 30 Tagen der neuen Regierung hat es sechs Abwertungen um insgesamt 141,46 % auf dem offiziellen Devisenmarkt gegeben. Am 10. Mai lag die Differenz zwischen dem parallelen und dem offiziellen Devisenmarkt bei 68 %, und die Spanne zwischen dem Schwarzmarkt und dem parallelen Markt bei 16 %.

Die wichtigste Ursache dafür, daß die Kursdifferenz zwischen dem parallelen und dem offiziellen Markt von 32 % im April auf 68 % in der ersten Maihälfte stieg, besteht in der fehlenden Finanzierung des Mayorga-Planes.

Francisco Mayorga, Präsident der nicaraguanischen Zentralbank, treibt einen Plan der wirtschaftlichen Strukturanpassung voran, dessen wichtigste Ziele sind:

1. Eliminierung des Rückstandes des offiziellen Wechselkurses in bezug auf den Wechselkurs, der sich durch das "Gleichgewicht des Marktes" bildet. Letztlich soll die vollständige Vereinheitlichung der drei Wechselkurse (offizieller-, paralleler- und Schwarzmarktkurs) und schließlich die Festlegung eines einzigen Kurses erreicht werden. Das Ziel, das man mit dem Plan verfolgt, besteht in der Einführung einer neuen Währung: dem Gold-Córdoba, der dem US-Dollar entspricht. Im Rahmen des Anpassungsprogramms erwartet man im Juni alle 3 bis 4 Tage eine Abwertung des Córdoba.
2. Die Schaffung einer gewissen Liquiditätsknappheit der wirtschaftlichen Akteure, indem den Geldbesitzern mit Hilfe der Abwertungen eine Abgabe auferlegt wird, die das Gegenstück zur Finanzierung des defizitären öffentlichen Sektors und der Agrarkredite darstellt. Die mittleren und kleinen SparerInnen gehörten so zu den ersten Opfern des Mayorga-Planes.
3. Allgemeiner Abbau der Reallöhne, um die Arbeitskraft zu verbilligen und somit die Gewinnspannen der landwirtschaftlichen ProduzentInnen zu erhöhen. Die Lohnerhöhungen blieben unterhalb der Preisteigerungsraten für Konsumgüter. Eine der wichtigsten Forderungen der Lohnabhängigen war, daß man ihre Löhne in Gold-Córdobas auszahlt (wie man dies im Falle der ländlichen ProduzentInnen bereits getan hat), um auf diese Weise ihre Löhne entsprechend der Inflation aufzuwerten.
4. Erhöhung der Gewinnspannen der landwirtschaftlichen ProduzentInnen, um die privaten Investitionen in der Landwirtschaft anzuregen. Deshalb sichert man ihnen ihre Einkünfte in Dollars oder

Gold-Córdobas zu, ebenso eine Verbilligung der (Lohn) Arbeitskraft. Mit dem Dekret über die Übergabe von Land an die alten Besitzer will Mayorga zeigen, daß sein Plan die Reprivatisierung aller staatlichen Güter anstrebt und diejenigen begünstigt, die Investitionen im Land tätigen.

5. Ein anderes wichtiges Element des Mayorga-Planes besteht darin, daß der Preis der öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Elektrizität, Telefon, Transport) erhöht wird. Auf der anderen Seite werden wir Preissteigerungen im Gesundheits- und Bildungswesen erleben. Alle diese Dienstleistungen sollen selbständig rentabel werden, was bedeutet, daß ihre Preise steigen werden und in jedem dieser Sektoren Personal abgebaut wird.

6. Ein anderes wichtiges Ziel stellt die Verkleinerung der staatlichen Bürokratie dar, obwohl die wichtigsten Repräsentanten der neuen Regierung erklärt haben, daß es keine massiven Entlassungen im Staatsapparat geben werde. Die innere Logik des Mayorga-Planes impliziert jedoch die Verminderung des Staatsapparates, um das Haushaltsdefizit, eine seiner strategischen Größen, zu vermindern. Dies soll jedoch nicht durch massive Entlassungswellen erfolgen. Solche Maßnahmen sind sehr unpopulär und würden viel Geld kosten, weil in solchen Fällen Abfindungen gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Formel lautet: Verminderung der Gehälter der Staatsangestellten in einem Maße, daß diese gezwungen sind, sich eine andere Arbeit zu suchen. Jedoch ging die Aufhebung des "Gesetzes für den Öffentlichen Dienst" (Ley del Servicio Civil), das die Arbeitsplätze im Staatsapparat und die jetzigen ArbeitsplatzinhaberInnen absichert, über die ökonomische Logik des Mayorga-Planes hinaus. Die Außerkraftsetzung dieses Gesetzes verfolgt neben dem ökonomischen Kalkül, möglichst viele Entlassungen vorzunehmen, auch die politische Logik, die Gewerkschaft der Staatsangestellten zu entmachten.

Es ist sehr deutlich, daß mit der Aufhebung des Gesetzes für den Öffentlichen Dienst eine doppelte Absicht verfolgt wurde:

- Die erste ist politisch und sozial motiviert: Es geht um ein Kräfthemessen mit den sozialen Bewegungen, denn wenn die Regierung ihre Ziele erreicht, könnte dies in eine offen konterrevolutionäre Phase in bezug auf andere Aspekte des politischen Lebens des Landes münden.
- Die zweite ist wirtschaftlich motiviert: die Aufhebung des Gesetzes erlaubt es, die rezessiven und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen des Mayorga-Planes bei geringstem sozialen Widerstand zu verstärken. Der Mayorga-Plan benötigt die Entmacht-

tung der sozialen Bewegung, um die Anpassungsmaßnahmen durchzuführen zu können.

7. Diese Politik hat insgesamt eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge, sowie einen Anstieg der politischen Spannungen und des sozialen Drucks. Die Regierung beabsichtigt, dies durch die Bildung einer Allianz mit der FSLN zu kontrollieren. Weil die FSLN das Ziel priorisiert hatte, die Demobilisierung der Contra voranzutreiben - sie fürchtete, daß sich die Contra auf die Eroberung einiger wichtiger städtischer Zentren verlegen würde, um ein für sie günstiges Kräfteverhältnis zu installieren -, hat die FSLN die sozialen Bewegungen praktisch stillgelegt. Sie wollte vermeiden, daß sich die politische Situation weiter anspannt, und damit der Contra neue Vorwände geliefert würden, ihre endgültige Entwaffnung auszusetzen. Diese Taktik hat jedoch nicht zu der gewünschten Demobilisierung der Frente-Militanten geführt und so macht es eine weiterhin starke soziale Bewegung es der neuen Regierung nicht leicht, zur konterrevolutionären Phase überzugehen.

8. Die steigenden Preise für Basis-Güter und die fallende Kaufkraft der Bevölkerung werden unweigerlich in sinkende Umsätze im Bereich der industriell erzeugten Güter münden. Die Umsatzrückgänge werden zur Erhöhung der Lagerbestände führen, die Produktion wird sinken und die Preise werden steigen. Der Niedergang der industriellen Produktion wird die Schließung einiger Fabriken nach sich ziehen, Arbeitsplätze werden verlorengehen, und die im nächsten Jahr vorhersehbare industrielle Umstrukturierung erlauben. Die geschlossenen staatlichen Betriebe werden der Regierung gestatten, diese Umstrukturierungen ohne sozialen Druck durchzuführen. Auf der anderen Seite wird die Schließung der Betriebe als eine Verminderung des Haushaltsdefizits der Regierung präsentiert werden, da dann keine roten Zahlen mehr zu finanzieren sein werden.

9. Die Methode, einige Sektoren der Bevölkerung zu begünstigen, wird in der Umwandlung ihrer Ersparnisse in Dollar bestehen, um sie vor den laufenden Abwertungen zu schützen, die der Mayorga-Plan in den Monaten Mai und Juni vorsieht. Aber breite Schichten der Bevölkerung werden sich auf diesem Wege nicht schützen können und die negativen Konsequenzen der Umsetzung des Mayorga-Planes erleiden. Mayorga kalkulierte, daß die nicaraguani sche Wirtschaft im April zu ca. 30 - 45 % dollarisiert sein würde; sein Ziel war die 100%ige Dollarisierung im Juni, wenn der Gold-Córdoba in Funktion getreten ist.

10. Die Abwertungen und die Preissteigerung im öffentlichen Sektor werden eine starke Verminderung der Geldmenge erzeugen, was eine Liquiditätsknappheit von Anfang Juli bis zum September hervorrufen kann. Dieses wiederum wird eine starke Kontraktion des Binnenmarktes mit rezessiven Rückwirkungen auf die nationale Industrie zur Folge haben. Die Krise der nationalen Industrie wird die Schließung einiger Betriebe hervorrufen und für viele ArbeiterInnen in die Beschäftigungslosigkeit führen.

11. Mayorga weiß, daß in der Zeit von Juli bis September die Inflation aufgrund der jahreszeitlichen Effekte, denen die nicaraguani-sche Wirtschaft unterliegt, abrupt abnehmen wird, um dann markant zu sinken (1989 erzielte man in diesen Monaten die niedrigste Inflationsraten des Jahres). In diesem Moment will er den Gold-Córdoba einführen, damit die Bevölkerung die fallende Inflation mit der neuen Währung in Verbindung bringt. Es ist sehr viel leichter, sich der Inflation entgegenzustellen, wenn man sich schon auf der Rutschbahn nach unten befindet.

12. Mit der Übergabe von Ländereien an ihre alten Besitzer, die unter dem Deckmantel erfolgen soll, sie zunächst nur zurückzupachten, versucht Mayorga die Produktion anzuregen, und klarzustellen, daß sein Plan die Kapitalisten bevorzugt. Zugleich werden sie darauf vorbereitet, in der Erntezeit (Januar bis März 1991) in Verhandlungen einzutreten, da der Plan vorsieht, die Ländereien und agroindustriellen Betriebe (Baumwollverarbeitung, Mühlen, Zucker- und Kaffeeverarbeitung, etc.) im Zeitraum vom Januar bis zum April 1991 zu verkaufen.

Der Mayorga-Plan steht bei Drucklegung dieses Scriptes infolge der explosiven sozialen Situation, die er bereits nach wenigen Monaten verursachte, bei der Regierung zur Disposition. Die im Zuge des Generalstreiks im Juli entwickelte breite Widerstandsfest in der Bevölkerung zeigte der Regierung, daß sie ein Alternativkonzept zur Ankurbelung der Wirtschaft entwickeln muß(siehe auch die Einschätzung von O. R. Vargas in seiner Analyse des Juli-Streiks). Aus Regierungskreisen verlautet gar, daß Mayorga wahrscheinlich von seinem Amt als Zentralbankchef abberufen werde.  
*Anm. d. Red.*

# **Wirtschaftskrise und religiöser Mystizismus**

In Zeiten der Armut und der wirtschaftlichen Krise ist allgemein ein Anstieg des mystisch-religiösen Empfindens bei der Bevölkerung erkennbar. Entgegen der Ansicht, eine zunehmende wirtschaftliche Krise treibe die betroffene Bevölkerung ideologisch nach links, kann die Realität anders aussehen: die Wahlergebnisse in Nicaragua zeigen, daß die schwere Wirtschaftskrise bei breiten Sektoren der Bevölkerung einen politischen und ideologischen Rechtsrutsch bewirkt hat.

Die von der katholischen Kirche und rechtslastigen Sekten mitgetragene Politik der Regierung Chamorro zielt mit allen Mitteln darauf ab, die Spaltung zwischen den revolutionären Sektoren und den Massen zu vertiefen. Eine Spaltung, deren Grad schwierig zu messen ist, die jedoch durch die Wahlergebnisse zum ersten Mal manifest wurde.

Welches Mittel kann die neue Regierung anwenden, um den Rechtsrutsch des Kleinbürgertums und anderer Sektoren der Bevölkerung voranzutreiben? Den Mystizismus und die Religion.

Logisch betrachtet wäre zu erwarten, daß weite Teile der verarmten Bevölkerung ein kritisches Bewußtsein ihrer sozio-ökonomischen Situation entwickeln und durch eine starke Mobilisierung versuchen, ihre Angst zu überwinden.

Die wirtschaftliche Krise jedoch schlägt sich nicht sofort und direkt im Bewußtsein der Volkssektoren nieder; wenn dem so wäre, wäre die soziale Revolution in Nicaragua sehr viel weiter fortgeschritten. Die neue Regierung versucht mit Hilfe der institutionellen Kirche, die Trennung zwischen der sozio-ökonomischen Situation breiter Bevölkerungsteile und ihrem diesbezüglichen kritischen Bewußtsein zu vertiefen. Sie will, daß die durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise herbeigeführte Verarmung der Massen nicht zu einer Radikalisierung in Richtung einer sozialen Revolution führt, sondern zur Entstehung einer entgegengesetzten Ideologie.

Die Ideologen der neuen Regierung wollen u.a. durch den ideologischen Kampf ihre soziale Basis verbreitern, Protestmobilisierungen begrenzen, dem Sandinismus MitgliederInnen abspenstig machen und sich als dominanter Sektor in der nicaraguanischen Gesellschaft konstituieren. Dies würde ihnen erlauben, mit ihrer derzeitigen Pendelpolitik zwischen Links und Rechts aufzuhören. Durch die Bildung einer "politisch-religiös-mystischen Bewegung"

wollen sie möglichst bald mit einer konterrevolutionären Phase beginnen. Sie glauben, Politik und Ideologie der sogenannten "Resistencia Nacional" und der rechten Parteien sei für die Massen nicht genügend attraktiv gewesen, da die FSLN es immerhin schaffte, 40,8% der nationalen WählerInnenschaft zu behalten. Die Regierung ist somit in vielen Aspekten der nationalen Politik zu Verhandlungen gezwungen, um den Ausbruch sozialer Mobilisierungen zu verhindern.

Zur Zeit besteht die Taktik der neuen Ideologen darin, dem Sandinismus einige momentane Zugeständnisse zu machen, um ihn gesellschaftlich unbeweglich zu halten. Gleichzeitig will die Regierung die politisch-religiös-mystische Bewegung vorantreiben, die sie schon im Wahlkampf erprobt hat.

Diese Bewegung gibt in der derzeitigen, mit ernormen Widersprüchen belasteten Situation kaum Anlaß zu Alarm. Die Existenz der Konterrevolution, der von Godoy angeführten rechtsextremen Fraktion und Mayorgas Wirtschaftsplan erregen primär die Aufmerksamkeit der Leitung der FSLN. Währenddessen machen sich die Ideologen der "Neuen Rechten" zusammen mit der Kirche an die Kontrolle der Erziehung, der Kultur und der Kommunikationsmittel, um dem Land ihre Botschaft zu verkünden.

Worin besteht die Formel? Der in der Kultur und der Folklore des nicaraguanischen Volkes tief verwurzelte religiöse Aspekt soll zum mobilisierenden Faktor werden.

Die Massenpsychologie untersucht die Probleme gerade dort, wo sich die direkte sozio-ökonomische Erklärung als unbrauchbar erweist. Was ist Tradition? Auf welcher Ebene des Unbewußten wirkt sie? Was behindert die Entwicklung eines kritischen sozialen Bewußtseins?

Die DurchschnittsbürgerInnen und -arbeiterInnen verinnerlichen die konterrevolutionäre Ideologie. Ihre Ideologie ist somit weder völlig revolutionär noch völlig traditionalistisch. Sie befinden sich in einer Konfliktsituation. Nur wenn sich die revolutionären Kräfte darüber im Klaren sind, können sie die konservativsten Aspekte in der Psyche des Individuums neutralisieren. Die psychische Struktur der Bevölkerung leitet sich einerseits von deren sozio-ökonomischen Situation ab, und bildet in diesem Fall den Ausgangspunkt revolutionärer Handlungen und sozialer Kämpfe. Andererseits besteht in einer rückständigen Gesellschaft die Tendenz, konservative und mystizistische Lösungen zu übernehmen. Wenn wir also den Plan Mayorga als etwas Mystizistisches kritisieren, schütten wir Öl ins Feuer. Aufgrund ihrer Ohnmacht der verschärften Wirt-

schaftskrise gegenüber, hoffen breite Bevölkerungskreise geradezu auf eine mystische Lösung.

Die Ideen der herrschenden Klassen sind auch die herrschenden Ideen der jeweiligen historischen Epoche. Anders gesagt: Die Klasse, die die materielle Gewalt besitzt, hat auch die ideologische Macht. Die derzeit herrschende Ideologie ist demnach weiterhin eine bürgerliche Ideologie, weil das Bürgertum die materiellen Beziehungen aller sozialen Sektoren beherrscht.

Andererseits wandelt sich die Ideologie langsamer als die wirtschaftliche Basis. Deshalb blieben die psychischen Strukturen der Individuen rückständig im Verhältnis zu den Veränderungen, die während der letzten zehn Jahre in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen stattfanden. Dies führt zu existentiellen Konflikten bei vielen Personen, die für die U.N.O. stimmten, auch wenn sie mit vielen dieser Veränderungen einverstanden waren. In den Medien war zu vernehmen, die Leute hätten mit dem Bauch gestimmt. Dieser Satz kann auch so interpretiert werden, daß die Leute mit ihrem (traditionellen) Unbewußten stimmten. Insgesamt bewirkte die Verinnerlichung der vorrevolutionären und revolutionären Epoche eine Konfliktsituation in den Individuen.

Die Ideologen der neuen Regierung gehen davon aus, daß jeder Mystizismus konservativ sei und jede konservative Person zu religiösem Mystizismus neige. Daher die Allianz der Regierung Chamorro mit der katholischen Hierarchie. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß der Mystizismus nicht dadurch bekämpft wird, daß mensch sich über ihn lustig macht, oder ihn als "Obskuratorismus" abtut. Nur seine korrekte Interpretation bietet ein wirksames Mittel, um ihn zu neutralisieren.

## Die Rolle der institutionellen Kirche

Welche Mittel benutzen die Ideologen der neuen Regierung und der katholischen Hierarchie, um eine Trennung zwischen den subjektiven Faktoren (der Ideologie der Massen) und den objektiven Faktoren (die verschärfte Wirtschaftskrise) zur Verhinderung großer sozialer Explosionen herbeizuführen?

### **Auf politischer Ebene:**

Eine taktische Allianz mit der FSLN zur Vermeidung eines Aufkeimens sozialer Mobilisierungen.

### **Auf individueller Ebene:**

Der die SandinistInnen lähmende Schock der Wahlniederlage soll ausgenutzt und der Mystizismus verbreitert werden. Zu dessen Ver-

ankerung wird die autoritäre und traditionsgebundene Familie benötigt. Sie soll die im Wahlkampf erprobte politisch-religiös-mystische Ideologie aufrecht erhalten, verbreitern und so versuchen, in die soziale Basis des Sandinismus einzudringen.

Zur Zeit fehlt eine von allen politischen Kräften der Rechten anerkannte Führungsperson. Deshalb dient die Hierarchie der katholischen Kirche als Katalysator der politisch-religiös-mystischen Bewegung. Über ihre zivilen Kader übernimmt sie die politische und ideologische Führung in der Erziehung, der Kultur und in den Medien.

Sie erachtet die Erziehungspolitik (Reform der Lehrpläne), die Kulturpolitik (Einführung der Vorzensur) und die Religionspolitik als wichtigste Stütze "zum Schutz der Familie". Daraus erklärt sich die Ernennung des Erziehungsministers, der in den vergangenen Jahren herausragender Führer der "Bewegung der Familienoberhäupter" war. Er genießt das volle Vertrauen des Kardinals Obando. Durch die Familie soll die Bewegung in breiten Kreisen des Kleinbürgertums, der ArbeiterInnenklasse und der Bauern/Bäuerinnenschaft verbreitet und entwickelt werden. Die Frau soll eine fundamentale Rolle bei der Reproduktion des konservativen Denkens im Kleinbürgertum übernehmen. Die traditionsgebundene Familie dient als Laboratorium, indem die Struktur und das konservative Denken der nicaraguanischen Gesellschaft erprobt werden. Dort werden die Jugendlichen unterwürfig und gefügsam gemacht. Das ist die Grundlage einer konservativen Haltung, erzeugt Angst vor der Freiheit und führt zu einer reaktionären Mentalität. Zudem verstärkt die sexuelle Unterdrückung reaktionsäre Positionen. Sie macht das Individuum passiv und apolitisch und schafft in dessen psychischer Struktur eine innere Quelle, die die autoritäre Ordnung aktiv und aggressiv unterstützt. Da die Religion mystischer Natur ist, kann sie kaum mit Argumenten angegriffen werden. Dies wäre nur dann möglich, wenn sie im Bewußtsein der Bevölkerung rational verankert wäre. Die religiöse Propaganda des Kardinals Obando richtet sich jedoch in ihren Appellen an die Gefühlswelt der Individuen und unterlässt jegliche rationale und objektive Argumentation. Seine Reden präsentieren den Massen lediglich das große Endziel, "das Königreich des Himmels". Auf die Probleme des Alltags und deren mögliche Lösung wird nicht eingegangen.

Als erstes will die Kirche das Kleinbürgertum mobilisieren, das sich 1979 gegen Somoza erhob und nun mehrheitlich für die U.N.O. stimmte. Die "Neue Rechte" und die Kirche glauben, inner-

halb eines Jahres auch jenen Sektor des Kleinbürgertums, der für den Sandinismus stimmte, für sich gewinnen zu können. Dieser soll sozial ausgeblutet werden, damit die konterrevolutionäre Phase mit geringeren politischen und sozialen Kosten eingeleitet werden kann.

Die mittlere Klasse verfügt über eine enorme soziale Macht, die ihre wirtschaftliche bei weitem übersteigt. Sie brachte es fertig, trotz der großen Widersprüche innerhalb der nicaraguanischen Gesellschaft, das althergebrachte System über Jahrzehnte aufrechtzuhalten.

### **Der Plan Mayorga als Katalysator im ideologischen Kampf**

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines kleinen Bauern, einer Staatsangestellten, einer Technikerin oder eines Kaufmannes sind sehr verschieden. Im familiären Aspekt jedoch gibt es zumindest in groben Zügen eine gemeinsame Identität.

Einige Ziele des Mayorga-Plans:

- Verschärfung der aktuellen Wirtschaftskrise. Sie trifft hauptsächlich die LohnarbeiterInnen, soll sich jedoch laut Mayorga "mit Hilfe Gottes und der heiligen Maria" in einer noch unbestimmten Zukunft entschärfen und zu einer Verbesserung der persönlichen Situation führen. Mittels der Kirchenpropaganda, die die Einheit der Familie und, dank der Demokratie, eine bessere Zukunft postuliert, soll die Bevölkerung zu Passivität angehalten werden. Unterschwellig wird suggeriert, der aktive Kampf in Fabriken und Arbeitszentren zur Verbesserung der Lebensbedingungen sei unnötig. Vielmehr soll auf Gott oder seinen Vertreter auf Erden, Kardinal Obando, sowie auf die heilige Maria, sprich Doña Violetta, zur Erlangung des irdischen Paradieses vertraut werden.

Die verschärzte Wirtschaftskrise könnte die ArbeiterInnenklasse in Arbeitende und Arbeitslose trennen. Kein sozialer Sektor kann über längere Zeit ohne Perspektiven und Hoffnungen leben. Die Arbeitslosen bilden zwar keine Klasse, jedoch eine soziale Schicht, die, so kompakt und standhaft sie auch ist, dazu neigen könnte, in Illusionen zu verfallen. Dies wäre der Nährboden für die politisch-religiös-mystische Propaganda. Die Allianz mit der FSLN soll diesen Prozeß verstärken.

- Durchführung von solchen Reformen, die Privatpersonen aus den mittleren und reichen Sektoren Kredite verschaffen, um so den Eindruck eines sozialen Aufstiegs zu vermitteln.

Der Mayorga-Plan hat das Ziel, das Kleinbürgertum dafür zu gewinnen, die bürgerliche Ideologie zu vermitteln und zu verteidigen. Es soll die soziale Basis für die politisch-religiös-mystische Bewegung werden, die die "Neue Rechte" entwickeln will.

## Schlußfolgerungen

Der politisch-religiös-mystische Plan zielt darauf ab, die Jugendlichen der kleinbürgerlichen Familie zu erreichen. Angelockt werden sie durch die Abschaffung des Militärdienstes. Einmal erobert, werden sie in die kulturelle, erzieherische, religiöse und ideologische Arbeit einbezogen, um die sozialen Sektoren in der Bauern/Bäuerinnenschaft, die Randgruppen und ArbeiterInnen zu agitieren und so die soziale Basis der "Neuen Rechten" zu erweitern.

Um in diese Sektoren eindringen zu können, muß die Kampagne breit und volksnah angelegt werden. Dies bedeutet eine Hervorhebung des mystischen Aspektes im religiösen Glauben. Der Glaube an die Jungfrau Maria, im Wahlkampf von Frau Chamorro verkörpert, soll gefördert werden. Das Idealbild der Frau, verbreitet durch die traditionelle Kirche und Kardinal Obando, entspricht der Jungfrau Maria, wobei der Schwerpunkt einerseits auf deren Jungfräulichkeit, andererseits auf ihr Mutter-Sein gelegt wird. Einer der reaktionärsten Aspekte der unterschwülligen Jungfrau-Kampagne liegt darin, eine "Mutter" zu propagieren, die die Sexualität nicht genießt und nur dazu da ist, Kinder zu gebären. Die Sexualerziehung in der Schule soll deshalb annulliert werden. In diesem Modell darf die Frau nicht als sexuelles, sondern nur als reproduzierendes Wesen erscheinen. Durch einen fanatischen Kult wird die Idealisierung der Mutterschaft vorangetrieben. Unter diesen Vorzeichen müssen die Frauenorganisationen IXCHEN und AMNLAE ihre Arbeit neu ausrichten, um bei der weiblichen Bevölkerung das Geschlechtsbewußtsein zu vertiefen.

Wir wollen nicht behaupten, die Mehrheit der ArbeiterInnen und anderer sozialer Sektoren sei jetzt schon von der politisch-religiös-mystischen Bewegung vereinnahmt. Wir sagen nur, daß es Anzeichen dafür gibt, die durch den Mayorga-Plan herbeigeführte Verschärfung der wirtschaftlichen Krise zu Gunsten einer politisch-religiös-mystischen Arbeit zu verwenden. Damit sollen die subjektiven Bedingungen zur Entstehung einer konterrevolutionären Phase geschaffen werden.

# Kontrolle der sozialen Bewegungen

Eines der wichtigsten politischen Ziele der neuen Regierung besteht in der Kontrolle der sozialen Bewegungen. Auf diesem "kaltem Wege" sollen die notwendigen konterrevolutionären Maßnahmen durchgesetzt werden, um das politische, wirtschaftliche und soziale Modell an die Interessen der modernisierenden Bourgeoisie anzupassen. Am Beispiel des Streiks der staatlichen Angestellten im Mai 1990 können wir uns klarmachen, wie die unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure sich in den nächsten Monaten verhalten werden. Daher analysieren wir den Verlauf des Streiks als Fallbeispiel.

## Chronologie des Streiks der Staatsbediensteten

### **Montag, 7. Mai 1990**

Die Gewerkschaft der Staatsbediensteten (Union Nacional de Empleados de Estado) UNE beantragt beim Arbeitsministerium ein dringendes Treffen, um dabei die Forderung nach 200% Lohnerhöhung und der Respektierung des "ley de servicio civil" (dieses Gesetz regelt den Arbeitsschutz der Staatsbediensteten wie Streikrecht, Schutz vor Entlassungen, Lohntarife, etc.) zu diskutieren. Die Regierung antwortet nicht.

### **Mittwoch, 9. Mai 1990**

Staatsbedienstete marschieren zum Präsidentenpalast und fordern Verhandlungen. Keine Antwort! Die Regierung ernennt den Arbeitsminister Francisco Rosales zum Verhandlungsführer. Er übergeht die Forderungen der UNE völlig und bestätigt erneut, daß er nur mit den Vertretern des "Ständigen Arbeiterrates" (CPT) verhandeln will, in dem vier zahme und regierungstreue Gewerkschaften zusammengeschlossen sind.

### **Donnerstag, 10. Mai 1990**

Noch immer kein Streik, aber Rosales weigert sich, eine Delegation der UNE in seinem Büro zu empfangen, während die Verhandlungen mit dem CPT weitergehen. UNE erklärt einen teilweisen Streik und fordert nach einem erneuten Marsch zum Präsidentenpalast wiederum Verhandlungen. Und wieder gibt es keine Antwort. Am Nachmittag greift Rosales an und suspendiert das "Gesetz über den öffentlichen Dienst" (ley de servicio civil). Zugleich ordnet er an, "schwarze Listen" mit den Namen der Streikenden aufzustellen. Die Streikenden marschieren erneut zum Präsidentenpalast

und fordern ein Treffen mit der Präsidentin Chamorro, sowie die Ernennung eines anderen Verhandlungsführers. Auch dieses Mal erhalten sie keine Antwort.

#### **Freitag, 11. Mai 1990**

Ein landesweiter Streik der Regierungsangestellten beginnt. Rosales droht mit umfangreichen Entlassungen und dem Einsatz der Polizei. Über die Medien bestellt er UNE zu einem Treffen. Der Streik geht weiter, Rosales nimmt Verhandlungen mit UNE auf. Rosales behauptet, keinen formellen Verhandlungsvorschlag von UNE erhalten zu haben.

#### **Samstag, 12. Mai 1990**

Als VerhandlungsführerInnen erscheinen außer UNE GewerkschaftsvertreterInnen des CPT. Die Verhandlungen werden unterbrochen.

#### **Sonntag, 13. Mai 1990**

UNE lehnt die Teilnahme des CPT ab. Am Nachmittag beginnen die Verhandlungen in Abwesenheit von CPT-VertreterInnen erneut. Rosales schlägt eine Unterbrechung des Streiks vor, ohne aber irgendwelche Garantien für die Streikenden zu geben. Sie lehnen den Vorschlag ab und vereinbaren, am Montag, 14. Mai, die Gespräche wieder aufzunehmen. Der Konflikt verschärft sich, als Angestellte der Banken, des Kommunikations- und Transportwesens sich dem allgemeinen Streik anschließen.

#### **Montag, 14. Mai 1990**

Rosales sagt das am Vortag vereinbarte Treffen ab, erklärt den Streik für illegal, droht mit massiven Entlassungen und ruft die Polizei zur Hilfe. Die LehrerInnen schließen sich dem Streik an. Die Streikbewegung dehnt sich aus. Die Polizei versucht, die Besetzung verschiedener Ministerien durch die Streikenden gewaltsam zu beenden. Der Streik geht weiter und nimmt einen noch kampfbetonteren Charakter an. Andere soziale Gruppierungen beginnen Aktionen, um die streikenden Staatsbediensteten zu unterstützen. Die Möglichkeit eines Generalstreiks zeichnet sich ab.

#### **Dienstag, 15. Mai**

Erneut beginnen Gespräche zwischen GewerkschaftsvertreterInnen und Regierung, um eine Lösung für die entstandene Lage zu finden.

#### **Mittwoch, 16. Mai**

Um 19 Uhr wird der Arbeitskonflikt mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Regierung und GewerkschaftsführerInnen gelöst.

## **Die Vereinbarungen**

Die wichtigsten Punkte des genannten Abkommens sind:

1. Die Regierung verpflichtet sich, an jedes Ministerium eine Zusatzzahlung von 25% seiner Gehaltssumme für Mai zu zahlen. Dieses Geld wird unter den ArbeiterInnen und Angestellten der Ministerien und staatlich finanzierten Organisationen gemäß einer Übereinkunft zwischen der jeweiligen Institution und den entsprechenden Gewerkschaftsorganen verteilt.
2. In Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan der Regierung werden Anfang Juni die Gehälter der öffentlichen Angestellten um einen Prozentsatz erhöht, der genau der Verteuerung des Grundbedarfswarenkorbs von 53 Produkten im Zeitraum vom 7. Mai bis zum 30. Mai entspricht, um so die Kaufkraft der Gehälter zu sichern.
3. Ab dem 1. Juni sollen in raschem Tempo die Gehälter der Angestellten im Gesundheits- und Erziehungswesen, sowie aller Staatsbediensteten mit einem Gehalt von weniger als 15 Millionen Córdobas (50 Dollar) neu angepaßt werden, um deren Lage zu verbessern und eine durchgreifende und gerechte Neuklassifizierung der Gehälter im öffentlichen Sektor einzuleiten.
4. Die GewerkschaftsführerInnen versprechen, daß die streikenden ArbeiterInnen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren werden.
5. In Bezug auf Arbeitskonflikte versprechen die GewerkschaftsführerInnen, sich den Bestimmungen der Arbeitsgesetzgebung zu unterwerfen.
7. Die Regierung verspricht, keinerlei Repressionen auszuüben.
9. Beide Seiten einigen sich auf eine Präzisierung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst. Während dieses Prozesses werden keine Entlassungen der Angestellten vorgenommen.

## **Bedeutung des Streiks**

Der Streik der Staatsangestellten markiert die erste Schlacht der Regierung Chamorro gegen die Gewerkschaftsbewegung. Er stellt die erste Feuerprobe dar, seine ungeheuren Auswirkungen und die Lehren, die er zu ziehen erlaubt, müssen analysiert und aufgearbeitet werden.

Die ArbeiterInnen streikten als Antwort auf die Dekrete der Regierung, durch die die Währung in rascher Folge abgewertet wurde, was einen abrupten Kaufkraftverlust für die ArbeiterInnen bedeutete; ein weiteres Motiv war die Absicht der Regierung, das Gesetz

über den öffentlichen Dienst außer Kraft zu setzen und die Landzu teilungen aufgrund der Agrarreform rückgängig zu machen.

Jenseits der Erfolge oder Mißerfolge bei der Verhandlung einzelner Punkte ist der Streik ein Triumph der Gewerkschaftsbewegung. Die Regierung erhielt den Beweis, daß sie auf die ArbeiterInnen und Angestellten Rücksicht nehmen muß, wenn Entscheidungen anstehen, die sie betreffen.

Über diesen wichtigen politischen Sieg der ArbeiterInnen und der Gewerkschaftsbewegung hinaus zeigte dieser Streik auch auf, daß FSLN und Regierung bemüht waren, die eigenen Positionen zu den laufenden Verhandlungen zu festigen, deren Ergebnisse beide politischen Kräfte schwächen konnte.

## Ziele der Regierung

1. Der sozialen Bewegung sollte die Stoßkraft geraubt werden, indem der Konflikt im staatlichen Sektor ausgelöst wurde, wo man hoffte, daß die FSLN schwächer sei. Angesichts des Umstands, daß ein Großteil der Beschäftigten dieses Sektors für die UNO ge stimmt hatte, und daß gewerkschaftliche und kämpferische Traditionen dort überhaupt fehlten, hoffte man, einen Erfolg des Streiks verhindern zu können. Damit verbunden war die Hoffnung auf ein verstärktes Abebben der Volksbewegung, das mit der Wahlniederlage der FSLN am 25. Februar 1990 eingesetzt hatte.
2. Es sollte eine organisatorische Basis für eine neue Dachgewerkschaft der Staatsbediensteten gelegt werden; durch ihre Spaltung wurde die UNE trotz ihres Sieges im Streik geschwächt. Die Taktik der neuen Regierung wird darin bestehen, diese neue Organisation über regierungsfreundliche Einzelgewerkschaften zu fördern - ein Prozeß, der schon begonnen hat.
3. Die Wahlniederlage der FSLN war ein schwerer Rückschlag, sowohl für die fortschrittlichen Kräfte des Landes, als auch für die Verteidigung der von den ArbeiterInnen erkämpften Errungenschaften. Damit setzte ein gewisses Abebben der Volksbewegung ein. Durch die Auslösung eines weiteren Konflikts, und zwar eines Arbeitskampfes, sollte dieser Prozeß einen großen Schritt nach vorne gebracht werden. Das wurde durch den Sieg der ArbeiterInnen zwar verhindert, was aber noch kein Wiederaufleben einer Tendenz zu sozialen Auseinandersetzungen in Nicaragua bedeutet. Bestenfalls läßt sich auf weitere Siege der sozialen Bewegungen hoffen - Siege auf anderen Gebieten -. Das könnte die Regie-

rung hindern, eine konterrevolutionäre Phase in dem Tempo zu erzwingen, wie es die sie tragenden Gruppen wünschen.

4. Der Mayorga-Plan brachte Erfolge trotz des Widerstands von unten:

- Durch den Verteilungsmodus der 25%igen Gehaltszulage der Ministerialangestellten wurde die Bewegung der Staatsbediensteten zersplittert und für zukünftige Auseinandersetzungen geschwächt, weil jedes Ministerium für sich umfassend verhandeln mußte.
- Die Gehaltszulage im Juni wird gemäß eines Warenkorbes von 53 Produkten errechnet. Dabei erscheint die Inflationsrate weit niedriger, wie wenn nach einem Grundwarenkorb von 29 Produkten gerechnet würde. Dabei ist der letztere für den Verbrauch der unteren Mittel- und Unterschichten der nicaraguanischen Bevölkerung viel wichtiger.
- Für die Monate ab Juli legt sich die Regierung im Hinblick auf Gehaltserhöhungen überhaupt noch nicht fest, was die Staatsbediensteten innerhalb der Regierungspolitik benachteiligt.
- Die Regierung Chamorro hofft darauf, daß bis Juli die Gewerkschaftsbewegung der Staatsbediensteten stärker gespalten sein wird, daß auch bis dahin auf der Grundlage einer Reform des Gesetzes über den öffentlichen Dienst und der Arbeitsgesetzgebung entsprechende Entlassungen stattgefunden haben und so der Gewerkschaftsbewegung die Stoßkraft genommen sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen darüberhinaus die zahmen, regierungstreuen Gewerkschaften organisiert sein, um den Widerstand gegen zukünftige Maßnahmen schon im Vorfeld auszuhöhlen.
- Die Regierung erwartet, daß bis Juli die Arbeitslosigkeit beträchtlich gestiegen sein wird. Der Mayorga-Plan sieht vor, daß die Arbeitslosenzahl für offene und versteckte Arbeitslosigkeit im Mai und Juni fast 50 % erreichen wird, was jede soziale Bewegung allein durch die Furcht vor Arbeitslosigkeit schwächen muß.
- Die Regierung hat auch Keile zwischen die Polizei und die sozialen Bewegungen getrieben. Sie zwang die Polizei, sich gegenüber den sozialen Forderungen der ArbeiterInnen wie eine bewaffnete Truppe üblichen Typs zu verhalten. Als ob PolizistInnen nicht selbst Staatsbedienstete wären! Die dadurch erzeugten Risse sind anscheinend noch nicht tief, aber wir glauben, daß dieser Umstand mittelfristig Folgen haben wird.

## **Warum gab die Regierung nach?**

1. Bis zu dieser Auseinandersetzung hatten viele SandinistInnen nicht begriffen, daß nunmehr die Regierung die politische Initiative innehat und nicht die Massenbewegungen. Die Regierung wollte dies deutlich machen und zeigen, daß ihre Vorstellung ist, Verhandlungen unter Druck zu führen, ohne damit jedoch den Bruch zu provozieren.
2. Die Regierung plante nicht, eine Entscheidungsschlacht gegen die organisierte soziale Bewegung zu wagen. Sie wollte nur die Kräfte messen und die FSLN dazu zwingen, aus einer geschwächten Position heraus zu verhandeln.

## **Was erreichte die Gewerkschaftsbewegung?**

1. Einen in der politisch-gewerkschaftlichen Geschichte des Landes beispiellosen Sieg für die Staatsbediensteten. Sie demonstrierten ihre Militanz, Kampfbereitschaft und Einheit. Zum ersten Mal streikten die Staatsbediensteten für im eigentlichen Sinne gewerkschaftliche Forderungen. Überdies genoß dieser Streik die Solidarität einiger anderer Gruppierungen.
2. Die Regierung war nicht imstande, der Gewerkschaftsbewegung ihren Willen aufzuzwingen. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, daß sich die sozialen Bewegungen vielleicht doch noch mit einem Zustand der "Ebbe" abfinden, sondern stattdessen eine Reorganisierung aus gestärkter Position heraus beginnen werden. Aber das heißt nicht, daß für die Massenbewegungen eine Phase des Aufschwungs begonnen hat. Es heißt, daß eine Schlacht dieser Etappe der Auseinandersetzung gewonnen wurde.
3. Der Punkt 1 des Abkommens zwischen Regierung und UNE läßt offen, ob die 25% Gehaltszulage dem Gehalt jeder/s ArbeiterInnengeschlagen werden soll. Es wäre auch möglich, daß nicht alle ArbeiterInnen dasselbe erhalten. Es kann auch besagen, daß die Regierung diesen Zuschlag in Form eines erweiterten AFA-Paketes auszahlen will (AFA = Arroz, Frijoles, Azucar / Reis, Bohnen, Zucker. Gemeint sind damit Lebensmittelzuwendungen, die die Angestellten nach den massiven Lohnkürzungen im Rahmen der Sparmaßnahmen im Staatssektor 1988 erhielten, um die sozialen Härten abzufedern. Anm. der Red.). Dadurch, daß jedes Ministerium einzeln mit seinen Angestellten verhandeln muß, werden letztere aber gespalten.

4. Die fehlende Festlegung von Gehaltszulagen über den Monat Juni hinaus und die Berechnung der Zulage aufgrund des Warenkorbs von 53 und nicht 29 Produkten, sind Nachteile für die Gewerkschaft.
5. Der Punkt 6 des Abkommen vermeidet eine Anerkennung der "Nationalen Gewerkschaftsfront" (FNT). Die Bewegung verpflichtet sich, die Vorschriften der Arbeitsgesetzgebung im Hinblick auf Streiks zu befolgen, was der Bewegung der Staatsbediensteten in gewisser Hinsicht eine Zwangsjacke anlegt.
6. Der Streik hat aufgezeigt, daß es notwendig ist, neu über die Machtverteilung zwischen FSLN und U.N.O zu verhandeln.
7. Das Abkommen sagt nichts über ausgefallene Gehälter und Löhne aus. Wir vermuten, daß sie gezahlt werden sollen. Wir glauben nicht, daß die Regierung etwas anderes plant, weil sie sonst den Brand in den sozialen Bewegungen neu entfachen würde.

### **Welche Perspektiven eröffnen sich nach dem Streik?**

1. Der Streik diente dazu, die Verhandlungen zwischen FSLN und Regierung auf einer breiteren Basis voranzutreiben.
2. Nach Beendigung des Streiks hat die Regierung bewiesen, daß ihre Ziele unverändert geblieben sind, und daß sie die Initiative in der Politik innehat.
3. Angesichts dessen, daß sich die Wirtschaftskrise weiter verschärft, ist es wahrscheinlich, daß seitens der Massen weitere Bewegungen mit neuen Forderungen entstehen werden. Wir glauben jedoch nicht, daß dies alle, oder auch nur die Mehrzahl der gesellschaftlichen Gruppen erfassen wird.
4. Die Massenbewegungen werden nur defensive, aber keine offensiven Aktionen durchführen. Streiks werden der Verteidigung des Realeinkommens und der Sicherung der Arbeitsplätze dienen, nicht aber der Durchsetzung von wirtschaftlichen oder sozialen Forderungen.

# **Der relative Bedeutungsverlust der revolutionären Kräfte**

Was sich in den letzten Monaten des Jahres 1989 und zu Beginn des Jahres 1990 ereignet hat - Entwicklungen, die noch längst nicht abgeschlossen sind -, wirkt in vielerlei Hinsicht tiefgreifend verändernd.

In erster Linie bezieht sich das auf das begriffliche Universum, in dem wir uns bis vor Kurzem bewegten, und auf seine Orientierungspunkte - sowohl in positiver wie in negativer Hinsicht -.

Die gesamte nicaraguanische Linke ist davon betroffen. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß dies für die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb dieses Spektrums in sehr verschiedenem Ausmaß und Art und Weise zutrifft.

Beschränken wir uns auf eine Betrachtung der Linksparteien, so springt zunächst der Unterschied zwischen denen, die fest in traditionellen marxistischen Positionen verankert sind und sich nun der schwierigen Aufgabe gegenübersehen, in inneren Debatten diese Verankerung zu lösen, und anderen, die schon seit jeher ein neues Profil suchen, ins Auge.

Es gibt jedoch auch Fragen, die einen tieferliegenden und problematischeren Charakter haben. Zwei darunter sind besonders wichtig: Zum einen die Frage nach dem Verhältnis zur internationalen kommunistischen Bewegung, bzw. nach dem Verhältnis zu den Identitätsmerkmalen des Kommunismus. Zum anderen geht es um die Position hinsichtlich der Sozialdemokratie. Vor allem die erste Frage ist auf das Engste damit verknüpft, inwieweit die Demokratie als ein universeller Wert bekräftigt wird.

Was das Verhältnis zur kommunistischen Bewegung angeht scheint klar, daß die reale Entwicklung das Problem erledigen wird. Damit rückt eine mit der vorigen verwandte Frage in den Vordergrund: Die Frage nach der Revision eines traditionellen Begriffes der Rechten und der Linken und die damit zusammenhängende Identifizierung einer politischen Aktivität mit einer bestimmten Welt-auffassung.

Bezüglich dieser Identitäts- und Identifikationsprobleme dient gewöhnlich der Marxismus als Orientierungspunkt erster Ordnung. Ich für meinen Teil gehöre zu denen, die "Das Kapital" für einen Gipfelpunkt der klassischen politischen Ökonomie und bis heute für unverzichtbar halten, wenn es um die Anatomie der Wirtschaftsprozesse geht, die jedoch andererseits den Marxismus als fertige

und abgeschlossene Weltanschauung für überwunden halten - zum Glück. Er muß im Hinblick auf die neuartigen sozio-ökonomischen Bedingungen der Welt von heute weiterentwickelt und angepaßt werden. Auf jeden Fall ist es notwendig, ihn zu modernisieren und ihn damit zu einem wesentlichen Element der täglichen politischen Praxis zu machen.

Kommen wir nun zur zweiten Frage, nämlich dem gegenwärtigen Verhältnis zur Sozialdemokratie. Diese scheint mir von zunehmender Dringlichkeit und dies aus mehreren Gründen. Zunächst ist da der offensichtliche Fakt, daß die Sozialistische Internationale eine immer wichtigere Rolle innerhalb eines neustrukturierten Ost-europa einnehmen wird. Zum zweiten ist der Einfluß zu nennen, den sie während der 90er Jahre in Nicaragua erwerben kann.

Für die Linke Nicaraguas ist heute die Überwindung jedweden Sektierertums eine für das Überleben notwendige Bedingung.

Unter diesen Umständen werden die Militanten der FSLN in den kommenden Monaten darüber streiten, was sinnvoller ist: Der Beitritt zur SI oder die Suche nach einer neuen Taktik und einem neuen Programm, mit dessen Hilfe der verbliebene Stalinismus in den Köpfen überwunden und die Demokratisierung der Partei eingeleitet werden kann, darüberhinaus aber auch ein revolutionäres Projekt beibehalten wird, das einen Rückfall in sozialdemokratischen Reformismus verhindert.

Die FSLN sieht sich vor einer gewaltigen Herausforderung: mit Phantasie ein Programm zu entwickeln, das die Überwindung der gegenwärtigen Defizite und der programmatischen Lücken in der augenblicklichen Lage gestattet. Im Inneren der FSLN werden sich möglicherweise zwei Tendenzen herauskristallisieren. Die eine wird wahrscheinlich ein lateinamerikanisches, linkes Programm zu artikulieren versuchen, während die andere eine Verbindung mit der SI anstreben wird, um sich gegen den Ansturm der internationalen Reaktion, der für die nächste Zeit zu erwarten ist, abzuschirmen. Während dieser Debatten wird der Pragmatismus die wichtigste Richtschnur für die Politik sein.

## **Alternativen für die Linke**

1. Wie die Dinge nun liegen, dürfen die revolutionären Kräfte keine Konfrontation mit den im Aufwind segelnden Kräften der Reaktion provozieren. Zunächst können das Kapital und die liberal-neoliberalen Kräfte höhere Wellen schlagen, als die ArbeiterInnenklasse und die revolutionären Kräfte in Mittelamerika.

2. Bei den jetzigen Kräfteverhältnissen wäre es schwierig, für ein revolutionäres Projekt eine massenhafte Unterstützung im Volk zu mobilisieren. Im Gegenteil könnte ein solcher Versuch die progressiven Kräfte in eine weitgehende Isolierung führen. Dieses politische, soziale und kulturelle Abbeben ist kein Rückzug, sondern eine Anpassung an die Lage, um die Widersprüche, die aufbrechen werden, ausnutzen zu können, sowie neue Strategien für den Kampf zu studieren und Kräfte für eine günstigere Situation zu sammeln.
3. Eine neue Form der internationalen Solidarität und eine Unterstützung der Widerstandsfähigkeit wird den Völkern Mittelamerikas helfen, die natürliche Verwirrung und Angst zu überwinden, die diese Lawine der Reaktion in vielen Volksorganisationen produziert hat.
4. Die Verbindung mit der neuen lateinamerikanischen und internationalen Linken ist heute wichtiger denn je. Die tiefe Krise der Denkschemata, der Parteien und der Stile der Avantgarden hat in Nicaragua kein Desaster erzeugt. Es ist möglich, von den Erfahrungen neuer Gruppierungen und den Fortschritten der progressiven Kräften in Brasilien, Chile und Mexico zu profitieren, um den Versuch zu machen, die aktuelle Kräftekonstellation zu überwinden.
5. Bewußtsein, Kritikfähigkeit und Reife aller in Frage kommender Gruppen, von ChristInnen und Indios/Indias über Feministinnen, Homosexuelle und ÖkologInnen bis hin zu Kultur- und Jugendgruppen, müssen vorangetrieben werden, damit sich neue Kräfte konsolidieren und mit Hoffnung in die 90er Jahre voranblicken können.
6. Der Zerfall des real existierenden Sozialismus hat einem demokratischen Sozialismus der Linken, die vorher durch den Stalinismus gelähmt war, neue Möglichkeiten eröffnet.
7. Das Verschwinden des Stalinismus, der die Basis für die antikommunistische Ideologie abgab, eröffnet neue Alternativen für die Umgruppierung der progressiven Kräfte auf internationaler Ebene. Die Verbindung zu anderen Ländern der "Dritten Welt" ist wichtiger denn je und wird durch die technologische Revolution und die Internationalisierung der Wirtschaft erleichtert.
8. Die regionale Integration muß als Bestandteil in ein revolutionäres Projekt eingeordnet werden, damit die Neoliberalen diese Idee nicht monopolisieren. Das Projekt eines Mittelamerikanischen Parlaments und eines gemeinsamen Marktes muß vorangetrieben werden.

# Anbruch einer konterrevolutionären Phase

Nach dem Wahlerfolg der "Union Nacional Oppositora" (U.N.O.) begann mit dem Regierungsantritt von Frau Violeta Chamorro die konterrevolutionäre Phase. Diese charakterisiert sich - neben der Ausnutzung des Sieges auf dem Feld der Tatsachen - durch eine offensive Ideologie auf dem Feld der politischen Prinzipien; also nicht nur durch die Übereinkünfte unter den Abgeordneten in der Nationalversammlung, sondern durch die Grundlage für die Amnestie der Somozisten; nicht nur durch konkrete Aktionen, sondern durch die Sprache und die Akzente und Gesten, die sie lebendig machen: Durch all diese Aspekte zeigt sich die scham- und rücksichtslose Äußerung bourgeoisen Ideengutes, die Beleidigung der Bauern- und Bäuerinnen-Bewegung durch aristokratische Mißachtung und die Verbreitung der Absichten des von der Bourgeoisie beherrschten Staates mit frivoler Unbekümmertheit.

Kaum war die sandinistische Regierung abgetreten, begann die Konterrevolution ihren Plan zu verwirklichen. Ihr erster Schritt war die Verkündung der Straffreiheit für die Somozisten und ihre Helfershelfer. Dann erfolgte die Aufhebung des Gesetzes für den öffentlichen Dienst. Weiter wurde beschlagnahmt, was vorher die Revolution beschlagnahmt hatte, um die Rückgabe von Land und sonstigem Eigentum an Somozisten vorzubereiten. Besonders bemerkenswert ist dabei die Eile, mit der die Reaktion durchgesetzt werden soll. Generalamnestie und Rekonfiszierung gehören zu den Notwendigkeiten der Politik, die Frau Chamorro für ihr eigenes politisches Überleben betreiben muß. Hätte sie die Eigentumsverhältnisse so gelassen wie sie waren, würde die extreme Rechte (die Gruppe um Virgilio Godoy, der COSEP und die Contra) und die "Neue Rechte" (ein Bündnis von Lacayo, César, INCAE und CORDENIC, einer Abspaltung vom COSEP) Frau Chamorro beschuldigen, vor den SandinistInnen zu kapitulieren. Aus einer solchen Situation würden sie und ihre Berater als Verlierer hervorgehen, da das Kabinett jederzeit zurücktreten könnte.

Nachdem aber umgekehrt der rechte Flügel der U.N.O. Frau Chamorro mit einem Druck die Generalamnestie abgerungen hatte, was die Möglichkeit der Legalisierung aller von den Somozisten und der Contra begangenen Morde ermöglicht, tat dieser Flügel alles nur Mögliche, um Frau Chamorro zu verteidigen. Keiner der beiden Seiten liegt an einer sofortigen Konfrontation -

besonders nicht Frau Chamorro, die sich in der schwächeren Position befindet. Sie braucht Godoy und die Contra, nicht nur für den Kampf gegen die soziale Revolution, sondern um die Spuren der Revolution auszulöschen - und dasselbe gilt umgekehrt.

Mit der Generalamnestie bewies Frau Chamorro ihre Zustimmung zum Krieg der Contra; die einzige Meinungsverschiedenheit besteht darin, daß sie selbst gerne deren Chefin gewesen wäre. Das gleiche läßt sich auch über Godoy, Alemán, Fletes und andere politische Spitzen der Bourgeoisie sagen.

Vom Zeitpunkt der Generalamnestie an lobte die Zeitung "La Prensa" die Contra als Ordnungsmacht in den Himmel und verdammt andererseits die bewaffneten Bauern und Bäuerinnen als einen Ausdruck der Anarchie. Zugleich begann unter den politischen Koryphäen der nicaraguanischen Bourgeoisie ein regelrechter Wettbewerb, zum einen um die beste Art, die eigene Unterstützung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konterrevolution öffentlich zu machen. Zum anderen darum, wie am besten die reformistischen Sünden zu gestehen sind, die man unter dem Druck des bewaffneten Volkes begangen hatte. Alle bereuen diese Sünden und bitten Gott und die Menschen um Verzeihung für ihr gelegentliches Liebäugeln mit der sozialen Revolution, für die der Sandinismus kämpfte. Es vergeht kein Tag, an dem nicht entweder die Nationalversammlung oder die bürgerliche Presse die FSLN als ein nationales Unglück darstellen. Hier offenbart sich der politische Wille, sie ein für allemal zu begraben.

Nach der Wahlniederlage der FSLN herrschte beim Kleinbürgertum Niedergeschlagenheit und Verzweiflung; die Ereignisse nahmen alsbald einen derart klaren und entschiedenen Verlauf, daß schon nach wenigen Tagen bei seinen intellektuellen Vertretern alle Illusionen darüber verflogen waren, welche Macht und welchen Einfluß sie auf die Regierung Chamorro tatsächlich besitzen würden.

Wichtige Teile der FSLN bewiesen so ihre Blindheit, ihr stures Festhalten an den von ihnen selbst genährten Illusionen und ihre Leichtgläubigkeit und Unfähigkeit, der politischen Entwicklung des Landes Rechnung zu tragen. Daher wird nach der Wahlschlappe der FSLN der politische Einfluß des Kleinbürgertums innerhalb der FSLN bis unter den Nullpunkt absinken.

Drei Monate nach den Wahlen bietet sich demnach folgendes Panorama: Die Reaktion ist im Vormarsch, die Demokratie im Rückzug begriffen. Die Klassen und sozialen Gruppierungen, denen die Revolution zunächst Angst eingejagt hatte, heben

wieder das Haupt. Die Bourgeoisie erklärt offen ihre Interessen, die sie gestern noch verheimlichte.

Die Schieber, Spekulanten und Großgrundbesitzer verlangen die Auslöschung der sandinistischen Massenorganisationen. Sie, die sich früher im Haus versteckten, reisen nun offen durchs Land. Ihre Stimmen erschallen unisono und unterscheiden sich nur im Grad ihrer Frechheit. Den Taktstock schwingt ganz eindeutig, wenn auch nicht immer offen, die US-Botschaft.

Seit der Wahlschlappe der FSLN bemüht sich die extreme Rechte aus eigener Initiative darum, ein Machtzentrum für die Leitung der Konterrevolution zu bilden; eine Parallelmacht zur Regierung Chamorro, die niemals aufhören wird, dieser Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen und deren armselige Reforminitiativen durch Intrigen und Verschwörungen abzublocken. Die extreme Rechte wird versuchen, Frau Chamorro dazu zu bringen, höchst unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, um diese anschließend mit Gesten tugendhafter Entrüstung zu verurteilen und die Regierung dergestalt der Wut, dem Protest und der Verachtung des Volkes auszusetzen. Sie verfolgt die Taktik, Frau Chamorro in den Augen der Bevölkerung völlig zu diskreditieren und ihr die Glorie einer Reformpolitikerin wegzureißen.

Unterdessen fungiert die extreme Rechte als Zentrum der Konterrevolution, richtet die alten Autoritätsstrukturen auf dem Land wieder auf, schmiedet erneut die Ketten, die während der Aufbruchsphase der Bauern und Bäuerinnen zerbrochen worden sind, und ersticht den revolutionären Brand überall dort, wo die Revolte noch aufflammt oder das Volk noch nicht ganz apathisch ist. So versucht man der Bourgeoisie und dem Imperialismus zu beweisen, daß nur die extreme Rechte die Macht besitzt, Nicaragua in der derzeitigen sozialen Lage zu befrieden und so die Interessen der Bourgeoisie wirksam zu verteidigen. Außerdem soll der Eindruck erweckt werden, daß die extreme Rechte die notwendig scheinende Transformation der Gesellschaft von oben her verwirklicht und, parallel dazu, die soziale Revolution erstickt.

Im Bewußtsein ihrer eigenen Schwäche, ihrer ungefestigten Macht und ihres mangelnden Zusammenhalts wissen Frau Chamorro und ihre Berater nicht, was sie tun sollen. Wie könnten sie der Rivalität, dem Neid und den Ansprüchen der extremen Rechten begegnen? Sie können natürlich nicht! Sie leben mit der ständigen Furcht und dem ständigen Mißtrauen ihren eigenen militärischen Chefs gegenüber, sind im Netz der politischen Intrigen und ihrer armseligen politischen Ziele gefangen; damit kann die Regierung

Chamorro die extreme Rechte nicht bändigen. Diese braucht nicht sofort einen Rechtsruck auszulösen. Es genügt, die eingeleitete Politik weiterzuentwickeln und fortzusetzen. Die extreme Rechte taktiert so, daß die Politik von Frau Chamorro nicht völlig verdammt wird, sie aber ständig in Angst gehalten und so dazu bewegt wird, mit der extremen Rechten zu kollaborieren.

Die extreme Rechte wünscht sicher nicht nur, die Regierung vorerst gewähren zu lassen. Sie will ihre soziale Basis mit Stumpf und Stiel ausreißen, das eigene Programm realisieren und so die gesamte Bourgeoisie Nicaraguas auf ihre Seite ziehen. Godoy wird offen die Macht ergreifen sobald er glaubt, daß die Mehrheit der NicaraguanerInnen zu dem Schluß gekommen ist, daß ein starker Mann her muß.

In der gesamten Geschichte Nicaraguas gab es keine schwierige Periode als die seit der Revolution. Nicaragua war von extremen Widersprüchen geplagt: niemals war die Bourgeoisie der Katastrophe so nah wie während der Krise ihrer sozialen und politischen Hegemonie in jenen Jahren; niemals hat die Bourgeoisie ihre entscheidende Schwäche so klar demonstriert wie in jenem Moment, als sie den Imperialismus zur Hilfe rufen mußte, um ihre Widersprüche lösen zu können. Auch die Massenbewegung war niemals so stark, wodurch sich der Klassenkampf bis zu einem revolutionären Höhepunkt intensivieren konnte. Gleichzeitig war die revolutionäre Bewegung niemals so unfähig, die Macht auch festzuhalten. Niemals vorher hatten sich solche Massen durch den Kampf für eine neue Gesellschaft inspirieren lassen, aber niemals waren sie so wehrlos und träge während einer Periode der Konterrevolution.

## **Die Suche nach externer Finanzierung**

Während der Wahlkampagne hoffte Francisco Mayorga, alle für die wirtschaftliche Reaktivierung des Landes notwendigen Mittel über Finanzierungen von außen beschaffen zu können. Nun sind wir aber schon einige Monate weiter und die neue Regierung hat höchstens 25 Millionen Dollar erhalten, um die zu Beginn des landwirtschaftlichen Zyklus 1990/91 notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Der Geldmangel zu Beginn dieses Zyklus bedeutete, daß die Regierung finanzielle Mittel künstlich schuf, was in den folgenden Wochen einen starken inflationären Druck erzeugte. Dieser Druck artikulierte sich in Preissteigerungen für die Produkte des Grundwa-

renkorbs und führte zum Anwachsen des Schwarzmarkts für US-Devisen. Es läßt sich vorhersagen, daß man später härtere Maßnahmen ergreifen muß, um eine neuerliche Phase der Hyperinflation zu vermeiden.

Francisco Maryorga sagte im Januar 1990, daß der Erfolg seines Wirtschaftsplans wesentlich von entsprechender Wirtschaftshilfe von außen abhängig sei. Dementsprechend dienten die Reisen des Präsidenten der Zentralbank in die USA, nach Japan und Europa im März und April dieses Jahres unter anderem dazu, ausreichende Mittel für einen Erfolg des Mayorga-Plans zu beschaffen. Auch das Treffen in Rom am 6. und 7. Juni 1990 hatte den Zweck, bei in Frage kommenden Geldgebern Wirtschaftshilfe für Nicaragua herauszuschlagen. Nicaragua wird insgesamt um 300 Millionen US-Dollar bitten, die das neue Kabinett zu benötigen meint.

Ohne Wirtschaftshilfe wird der Mayorga-Plan sang- und klanglos scheitern, denn wahrscheinlich wird die Inflation weiter anwachsen, die Tendenz zur Rezession wird sich weiter verstärken und das Bruttonsozialprodukt wird weiter fallen. Auch wird es erhebliche soziale Probleme geben, weil die Realeinkommen der ArbeiterInnen weiter fallen werden. Die Regierung wird die politisch-soziale Basis verlieren, die sie bei den Wahlen im Februar 1990 gewonnen hatte.

Kann die für die nächsten Monate notwendige Wirtschaftshilfe beschafft werden, hat dies folgende Konsequenzen:

1. Der weitere Verfall der nicaraguanischen Wirtschaft wird gestoppt. Die Inflation könnte unterhalb der 20%-Marke bleiben. Damit würde eine relative Stabilisierung der Wirtschaft eintreten. Ausländische Finanzhilfe ist für die im Plan der wirtschaftlichen Anpassung notwendige Inflationskontrolle unabdingbar. Entscheidend für den Erfolg oder Mißerfolg dieses Plans wird sein, wieviel Geld hereinkommt, um die Ausgaben der nächsten Monate zu bestreiten.
2. In den Monaten Mai und Juni wächst die wirtschaftliche Aktivität und damit auch der Bedarf an Devisen. Auch dieses für die Stabilisierung der Wirtschaft notwendige Wachstum hängt von ausländischem Geld ab.
3. Tritt eine solche Stabilisierung ein, werden größere Verluste an politischem und sozialem Kapital vermieden werden können. Dennoch wird die wirtschaftliche Situation in den kommenden Monaten ungefähr wie folgt aussehen:

- Die wirtschaftliche Lage wird sich nicht so weit bessern, daß von einer Überwindung der derzeitigen Rezession geredet werden könnte.
- Ein nennenswertes Wachstum des Bruttosozialproduktes für 1990 ist zweifelhaft.
- Die Realeinkommen der ArbeiterInnen werden nicht steigen.

Tritt all dies so ein, kann die neue Regierung dem Übergangsprozeß unter günstigeren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen begegnen, als von einigen Experten angenommen wird. Zudem sind kurzfristig sozial bedingte Aufstandsbewegungen der Bevölkerung, unkontrollierbare Streiks, Bauern/Bäuerinnen-Bewegungen oder Bewegungen des zivilen Widerstands, etc. nicht zu erwarten. Die soziale Unzufriedenheit wird sich im Rahmen des Erträglichen halten und nicht in einem kritischen oder dramatischen Maße ansteigen. Aus diesen Gründen ist das Problem der externen Finanzierung für die Regierung Chamorro von entscheidender Bedeutung. Für die Finanzen des neuen politischen Modells gibt es mehrere Quellen:

### **Westeuropa**

Im allgemeinen haben sich die europäischen Länder, darunter besonders die unter sozialdemokratischen Regierungen, den Plänen der Reagan-Regierung widersetzt, die nicaraguanische Revolution durch bewaffneten Kampf zu zerstören. Die Erfahrungen der europäischen Sozialdemokratie mit dem Abbau der portugiesischen Revolution hatten großen Einfluß im Hinblick auf diese Distanzierung von der US-Politik, in einigen Fällen auch auf die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu der Regierung Nicaraguas, um zu gegebener Zeit dort Einfluß nehmen zu können. Die Spalten der europäischen Sozialdemokratie waren jedoch nicht für ein Modell wie in Kuba. Daher begrenzten sie ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung des Landes, ohne den Kontakt abzubrechen. Dies immer in der Hoffnung auf geeignete Reformen. Nun ist klar, daß die neue Regierung anders ist und man wartet auf zukünftige Verhandlungen und deren Resultate, um dann Ausmaß und Art der Hilfe bestimmen zu können. Für die europäische Sozialdemokratie ist wichtig, daß die Regierung umfassend mit der FSLN verhandelt, um einen gewissen sozialen Frieden und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

### **USA**

Obwohl die Verhandlungen vor der Bildung der Regierung Chamorro schwierig waren und nicht unbedingt zur vollen Zufriedenheit der

USA ausfielen, haben sie ihr Handelsembargo aufgehoben, die Nahrungsmittelhilfe sogleich wieder aufgenommen und die Bush-Regierung hat eine Anleihe von 300 Millionen US-Dollar für die Wiederbelebung der Wirtschaft des Landes beantragt (Anm. d. Red.: Mittlerweile haben Senat und Repräsentantenhaus die beantragten Gelder bewilligt, wobei die Auszahlung von Seiten der USA recht schleppend gehandhabt wird) - eine Summe allerdings, die von den eigenen Wirtschaftsexperten als unzureichend angesehen wird. Die US-Hilfe wird auf die Stärkung des privaten Sektors abzielen und man wird das Veto gegen die Entwicklungshilfe von verschiedenen internationalen Organisationen aufheben.

### **Japan**

Als Konsequenz der politischen Stabilisierung Mittelamerikas könnten die japanischen Versprechungen, einen Wirtschaftsplan der regionalen Entwicklung zu unterstützen, konkrete Formen annehmen, da Japan seine Märkte zum Zwecke der eigenen Weiterentwicklung ausdehnen muß. Um mögliche Gegensätze zu den USA zu dämpfen, wird die japanische Wirtschaftshilfe wahrscheinlich als Teil eines ganzen Paketes für Mittelamerika, unter der Leitung der Vereinten Nationen gegeben werden. Ebenso wie Westeuropa wartet Japan auf eine klarere Definition des politischen Modells, die sich noch 1990 ergeben könnte.

### **Sozialistische Länder**

Die sozialistischen Länder werden ihre laufenden Verträge erfüllen, in Zukunft aber dazu tendieren, ihre Investitionen mehr nach westlichen Kriterien zu tätigen, d.h. Kosten-Nutzen Aspekte werden vor rein politischen Kriterien Vorrang erhalten. Diese Einstellung der sozialistischen Länder erklärt sich aus ihren internen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und aus der Absicht, ihre Wirtschaftsbeziehungen gemäß den Regeln und Preisen des kapitalistischen Weltmarktes einzurichten. Gerade unter den zum COMECON gehörenden Ländern heißt es, daß dies geplant sei. Demnach können wir nicht erwarten, daß die Wirtschaftshilfe dieser Länder für Nicaragua kurzfristig einen spektakulären Aufschwung nehmen wird.

### **Blockfreie Länder**

Die globale Wirtschaftskrise, das Schuldenproblem, der Krieg im Mittleren Osten und das Fehlen eines wohldefinierten politisch-wirtschaftlichen Modells trugen dazu bei, das Ausmaß der Hilfe seit den ersten Revolutionsjahren schrumpfen zu lassen. Aus diesen Gründen wird von dieser Seite auch kein Aufschwung der Wirtschaftshilfe zu erwarten sein. Vielleicht wird es fallweise Hilfe

geben, aber dieser Sektor kann nicht als alternative Quelle stetiger externer Finanzierung angesehen werden.

### Schlußfolgerungen

Abschließend läßt sich sagen, daß alle möglichen Geldgeber darauf warten, daß sich das neue wirtschaftlich-politische Modell abzeichnet, das für die nächsten Jahre in Nicaragua gelten soll, und welches Gewicht jede soziale Kräftegruppierung darin haben wird. Die Geldgeber werden entsprechend der Ergebnisse dieses Prozesses reagieren.

Der Regierung bleiben folgende Möglichkeiten, um das für die nächste Phase des Anpassungsplanes notwendige Geld zu beschaffen:

1. Nocheinmal zu versuchen, was letztes Jahr Daniel Ortega in Stockholm auch schon versucht hat, nämlich eine Gruppe von Ländern zu finden, die zu einer Finanzierung des politisch-wirtschaftlichen Modells bereit sind. Die Erfahrung zeigt aber, daß diese Möglichkeit wenig erfolgversprechend ist. Schon im letzten Jahr kamen nur 20% der notwendigen Summe zusammen. Es gibt keinerlei Indizien dafür, daß auf diesem Wege eine den Berechnungen des Mayorga-Plans entsprechende Summe zusammenkommen würde. Daher ist praktisch kaum zu erwarten, daß bei dem Treffen in Rom (Anfang Juni) Gelder zugesagt werden. Wahrscheinlicher sind Kreditangebote, aber nur wenig "cash".

Mayorga erhielt auf der internationalen Geberkonferenz, die am 6. und 7. Juni in Rom stattfand 120 Mio US-Dollar für das laufende Jahr und 180 Mio für 1991 zugesagt. 50 Mio der diesjährigen Summe dienen der Reduzierung der Auslandsschulden Nicaraguas, während der Rest der Summe größtenteils in Form von Lebensmittelhilfe, wie durch Japan, die eine solche im Wert von 2,5 Mio US-Dollar zusagten oder, wie im Falle der BRD, als Saatgut und Dünger nach Nicaragua gehen wird. Insofern erweist sich die Prognose Vargas', daß mit nur wenig "cash" zu rechnen sei als zutreffend. *Anm. d. Red.*

2. Unter diesen Bedingungen wird die Regierung sich auf direkte Verhandlungen mit dem IWF zubewegen und hoffen, dort die für das Erreichen der im Wirtschaftsplan 1990 vorgesehenen Ziele notwendige Hilfe zu erhalten.

# Die politische Zähmung der Streitkräfte

Eines der schwierigsten Probleme der derzeitigen Regierung ist das Fehlen eines eigenen repressiven Organs, dem sie voll vertrauen könnte im Hinblick auf die Unterdrückung von sozialen Bewegungen, die auf dem Land, in den Fabriken, dem Erziehungswesen oder anderen staatlichen Institutionen entstehen könnten.

In der Zwischenzeit hat die Regierung zumindest ansatzweise damit begonnen, repressive Organe aufzubauen. Zum einen durch Neueinstellungen bei der Polizei und zum anderen durch den in den Vereinbarungen mit der Contra festgeschriebenen Aufbau einer Landpolizei, der bereits realisiert worden ist. *Anm. d. Red.*

In der U.N.O. gibt es Gruppen, die die bewaffnete Contra hierfür als geeignet ansehen. Die Berater der Präsidentin glauben jedoch, daß die Contra in dieser Funktion ein unverhältnismäßiges politisches Gewicht erhalten und somit das anvisierte Projekt kapitalistischer Modernisierung zunichte machen würde. Die Berater sehen in der Contra eine notwendige Macht, um den Sandinismus zum Abbau der Heeresstärke zu drängen und um die subjektiven Bedingungen für eine politische Zähmung der Streitkräfte zu schaffen. Sie wollen die Existenz der Contra benutzen, um eine Entpolitisierung der Streitkräfte zu erzwingen. Dabei spielt eine Rolle, daß ein solch entpolitisertes Heer dienlich dabei sein kann, Reformprojekte gegen den Druck der extremen Rechten Nicaraguas voranzutreiben.

Die Berater schätzen die augenblicklichen außenpolitischen Bedingungen so ein, daß ein Staatsstreich nicht möglich ist, weil er eine US-Intervention in Nicaragua zur Folge hätte. Weiter gehen sie davon aus, daß sie mit dem beschriebenen politisch gezähmten Heer einen starken Verbündeten an der Hand haben, wenn es um die Entwicklung von Reformprogrammen geht. Andererseits jedoch plant die Bourgeoisie, in Spanien und Venezuela neue Leute für die Ordnungskräfte auszubilden (d.h. in Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen), um zukünftig für die neuen Regierungen in Nicaragua vertrauenswürdige Organe zu besitzen. Es ist festzuhalten, daß derzeit etwa 100 venezolanische Agenten der Regierungsspitze als Leibwächter dienen. Von der Schaffung einer Polizeitruppe auf dem Land ist darüberhinaus die Rede, die womöglich den Großgrundbesitzern bei der Rückgewinnung ihrer Ländereien helfen soll.

Die bewaffnete Contra wäre keine Hilfe bei einem Reformprogramm, ganz im Gegenteil. Aus diesem Grund ist deren Demobilisierung und Entwaffnung mittelfristig das Interesse der Regierung.

Für die Berater geht es im Kern darum, daß Polizei und Heer die eigene Unterordnung unter die Zivilregierung hinnehmen. Die erste Feuerprobe dabei war der Streik der Staatsbediensteten. Die Polizei trat unter dem Befehl des "Regierungsministeriums" (vormals das Innenministerium) in Aktion. Die Handlungsweise der sandinistischen Polizei bewies, abgesehen von den offiziellen Erklärungen, daß keine Gewalt anzuwenden sei, eine gewisse Anfälligkeit hinsichtlich den Befehlen der bürgerlichen Macht.

Es wird nicht bestritten, daß die Staatsmacht unter bestimmten Umständen und in Notsituationen direkte Gewalt ausüben muß, um die Befolgung der Gesetze zu erzwingen. Angesichts des früheren Verhältnisses zu der Bevölkerung, der klassenmäßigen Herkunft und der sozialen Zusammensetzung der Polizei beweist aber deren Handlungsweise, daß der Prozeß der politischen Zähmung bereits eingesetzt hat.

Diese Handlungsweise läßt auch Zweifel über die Rolle der Polizei in dieser neuen Etappe des friedlichen Übergangs zur Demokratie aufkommen und deutet darauf hin, daß sich die Polizei in eine Truppe verwandeln wird, die sich von denen in anderen bürgerlichen Gesellschaften nicht mehr unterscheidet.

Angesichts der früheren Volksnähe der Polizei war anzunehmen, daß in einer solchen Konfliktsituation, wie sie durch den Streik entstanden war, die Polizei zweimal nachdenken würde, bevor sie eingreift. So war es aber nicht: Die Polizei nahm gegen die ArbeiterInnen Partei, obwohl sie selbst zu den Opfern der Wirtschaftskrise gehört und unter der kritischen Lage eines sinkenden Realeinkommens leidet.

Die Polizei war aber auch ein Opfer politischer Erpressung durch die U.N.O., die durch die Möglichkeit einer Mißachtung ihrer Anordnungen alarmiert damit drohte, die Existenz der Streitkräfte insgesamt zur Disposition zu stellen. Die Chefs sollten entlassen werden und man drohte damit, entweder die Blauhelme zur Hilfe zu rufen oder auf die Contra zurückzugreifen. Die Polizei wurde also mit der Möglichkeit erpreßt, daß die Contra oder eine US-Intervention Ruhe und Ordnung wiederherstellen würden.

Der Prozeß der politischen Zähmung der Streitkräfte ist ein allmählicher und komplizierter: es begann damit, daß die wichtigsten Offiziere ihrem bis dahin militanten Eintreten für die FSLN abschworen. Es folgte ein offenes Verbot der politischen Betätigung

innerhalb der Streitkräfte. Dann kam das Ergreifen der Polizei beim Streik. Folgen wird die Reduzierung der Personalstärke und vielleicht eine technisch orientierte Ausbildung neuer Kader in kapitalistischen Ländern. Es wird allgemein erwartet, daß bald Kontakte mit Israel und den USA aufgenommen werden, damit diese Länder bei der Schaffung eines Apparates für Spionage und Gegenspionage helfen.

Trotz des Schneckenempos und der Komplikationen hat der Prozeß der politischen Zähmung der Streitkräfte begonnen. Die Regierung muß ihn weiter vorantreiben, um ihren Plan der Reprivatisierung der nicaraguanischen Wirtschaft auch gegen die dadurch zu erwartenden Massenaktionen durchsetzen zu können.

# DIE AUßenPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN

## Die internen Bedingungen

In der nordamerikanischen Kultur sind die wichtigsten Werte: das Geld (die ökonomische Macht), die Sicherheit (die militärische Macht), das Ansehen (die Macht der Medien) und die Ideologie (die Macht der Ideologie des demokratischen Kapitalismus und des scheinbar Schicksalhaften). Es ist ein Staat, der seine internationalen Beziehungen durch seine ökonomische Bedeutung, seine Sicherheitskräfte, seine Projektion des Ansehens und durch seine Ideologie dominiert.

In der letzten Zeit ist die Exekutivmacht im Vergleich zur legislativen und juristischen Macht innerhalb der Vereinigten Staaten gewachsen. Man kann von einem "Präsidentenimperium" sprechen, das mit seinem Nationalen Sicherheitsrat sowohl über dem Kongreß als auch dessen Gesetzen steht.

In dem Maße wie der Präsident einen Konsens erreicht, indem er die zentralen Werte respektiert und 50% der an den Wahlen teilnehmenden NordamerikanerInnen nicht enttäuscht, kann er sich seiner Popularität sicher sein. In diesem Fall hat er für seine Außenpolitik freie Hand. Wenn er diese Popularität verliert, bekommt er Konflikte mit dem Kongreß und den Medien.

Trotz seiner Respektlosigkeit gegenüber den internationalen Gesetzen und den Gesetzen des Marktes, respektierte Ronald Reagan die zentralen Werte des nordamerikanischen Volkes, er machte den Konsum zum Motor der Wirtschaft. Er war ein "Meister des Images", der die Medien dominierte und die Ideologie des nordamerikanischen Volkes über den politischen Realismus setzte. Für die Vereinigten Staaten war er ein sehr populärer Präsident, aber für die Hoffnungen auf einen sozialen Wandel in Zentralamerika war er einer der schädlichsten, der alle progressiven Kräfte in der Region als Volksfeinde bezeichnete, die eine Gefahr für die Nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen.

Das Ende der Amtszeit Reagans weckte in Zentralamerika die Hoffnung, daß George Bush pragmatischer und weniger ideologisch als sein Amtsvorgänger sei, Hoffnungen auf das Ende des "Krieges niedriger Intensität" zugunsten politischer Verhandlungen als Ausweg aus der Krise in der Region.

Nach der Ablehnung des Dialogs in El Salvador, der Zurückweisung der von den zentralamerikanischen Präsidenten vereinbarten Demobilisierung der Contra, dem Einsetzen der militärischen Intervention der Contra während des Wahlkampfes, aber vor allem nach der Invasion in Panama war allen klar, daß Bush lediglich das erntet, was Reagan gesät hatte, und daß die Vereinigten Staaten nur zu Verhandlungen bereit sind, wenn sie bestimmen können. Wenn ihre Bevormundung nicht funktioniert, behalten sie sich die Möglichkeit einer militärischen Intervention vor.

Nach Meinungsumfragen hatte George Bush nach seinem ersten Amtsjahr eine Popularität von 72% erreicht. Er war in der Lage, über das Abkommen des Zweiparteiensystems zu Zentralamerika die Demokraten zu neutralisieren. Während sein Ansehen stieg, schrumpfte das der Führung der Demokraten durch Skandale und Rücktritte. Bush erntete nicht nur die Popularität von Reagan, er baute sie sogar noch aus, indem er die Auflösung des "sozialistischen" Blockes in Osteuropa propagandistisch für sich nutzte.

George Bush und sein Staatssekretär, James Baker, erreichten alles, was sie sich für Zentralamerika vorgenommen hatten: die "humanitäre" Hilfe für El Salvador; die "offene" Hilfe für die Wahlkampagne Violeta Chamorros; die Wahlniederlage der FSLN; die Reduzierung des internationalen Ansehens der FMLN und die Schaffung von Bedingungen für eine politische Homogenität in der gesamten zentralamerikanischen Region.

# Die wirtschaftlichen Bedingungen

Die Popularität von Reagan und Bush bestimmt sich größtenteils nach dem Motto: "Heute kaufen, morgen bezahlen." Angesichts der größeren Produktivität des bundesrepublikanischen und japanischen Kapitals war die Strategie, den Dollar überzubewerten und deutsches und japanisches Kapital in die Vereinigten Staaten zu locken. Reagan und Bush haben die USA praktisch verkauft. Obwohl der Kalte Krieg beendet ist und die Vereinigten Staaten diesen scheinbar gewonnen haben, sind die wirklichen Gewinner dieses Krieges die Bundesrepublik und Japan.

Bis jetzt hat Bush jegliche Diskussion über die komplexen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Vereinigten Staaten vermieden. Seine Ziele sind ein Zuwachs der Auslandsinvestitionen und die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der nordamerikanischen Industrie, die er als Themen der nationalen Sicherheit einstuft.

Die Vereinigten Staaten haben die wirtschaftlichen Grenzen zu Kanada praktisch niedrigerissen und sind dabei, sich die Kontrolle über den industriellen Sektor Kanadas zu erkaufen. Gleichzeitig üben sie Druck aus, damit in Kanada die Löhne der ArbeiterInnenklasse gesenkt und die Sozialleistungen gekürzt werden. Ihr Ziel ist, einen gemeinsamen Markt mit Kanada und Mexiko zu errichten.

Die Absicht einen Wirtschaftsblock in Amerika zu schaffen, beinhaltet eine beschleunigte Denationalisierung der beiden anderen Ökonomien. Während Kanada Rohstoffe garantiert (60% des Erdgases beziehen die USA aus Kanada), bietet Mexiko den Zugang zu billigen Arbeitskräften. Der von den USA beabsichtigte Wirtschaftsblock soll ein Gegengewicht zum europäischen Binnenmarkt werden.

Auf der anderen Seite werden die US-Investitionen vermehrt in den pazifischen Raum fließen und die USA werden versuchen, das bundesrepublikanische Investitionsmonopol in Osteuropa zu durchbrechen. Gleichzeitig besteht die nordamerikanische Ultrarechte darauf, daß die beste Art der Kontrolle der revolutionären Tendenzen in der sogenannten Dritten Welt im Gebrauch der militärischen Kraft liege, weil sie Furcht vor einer Reduzierung der Militärausgaben haben. Die gemäßigte Rechte schlägt ihrerseits vor, mittels Wirtschaftsmaßnahmen die soziale und politische Instabilität in den Ländern des Trikont zu eliminieren, um so langfristig die kostspielige militärische Politik über Bord werfen zu können.

Die Invasion in Panama kann nicht in erster Linie als ein Ausdruck der kommunistischen Eindämmungspolitik gewertet werden. Vielmehr war sie die erste der möglichen Aktionen in der Periode nach dem Kalten Krieg. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, weiterhin die Rolle des Weltpolizisten zu übernehmen. Der Unterschied besteht darin, daß nunmehr "Demokratien gerettet" und der "Drogenhandel sowie der Terrorismus kontrolliert" werden müssen und nicht mehr, der sowjetischen Expansionpolitik Einhalt zu gebieten ist. Ein anderer wichtiger Grund für die Invasion war die US-amerikanische Kontrolle über den Kanal zu sichern und die politische Hegemonie im karibischen Becken gegenüber Japan zu verteidigen.

## **Die zukünftige Politik gegenüber Zentralamerika und Nicaragua**

1. Während die Sorge der Vereinigten Staaten in den 80er Jahren die Welle der Instabilität und Revolutionen in der sogenannten Dritten Welt war, werden in den 90er Jahren die geoökonomischen Interessen über den geopolitischen stehen. Gleichzeitig werden die Nord-Nord-Beziehungen eine größere Bedeutung erlangen als die Nord-Süd-Beziehungen. Das bedeutet, daß wir keinen großen Kapitalzufluß in Zentralamerika haben werden.
2. Der endgültige Zusammenbruch der politischen Systeme in den europäischen "sozialistischen" Ländern zieht das Ende der ökonomischen Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen nach sich. Die transnationalen Kapitalelite wissen, daß den progressiven Kräften in der sogenannten Dritten Welt ein Alternativmodell zu dem neoliberalen der multilateralen Organisationen fehlt. Deshalb ist jede revolutionäre Lösung der krisenhaften Situation in Zentralamerika so gut wie unmöglich.
3. Das Festhalten an einer gewissen Art von Kanonenbootpolitik könnte George Bush und James Baker dazu dienen, die Kritik der Ultrarechten zu neutralisieren. Deshalb wird jedwede Möglichkeit revolutionärer Kräfte die Macht zu erlangen, die sofortige Intervention der USA in jedem zentralamerikanischen Land zur Folge haben.
4. Die Debatten im nordamerikanischen Kongreß über die bilaterale Hilfe für die neuen Regierungen in Nicaragua und Panama überraschte die rechten politischen Kreise in Zentralamerika. Angesichts der enormen Investitionen, die vorher getätigt wurden, um die früheren Regierungen dieser beiden Länder zu destabilisieren, standen vergleichsweise geringe Summen zur Debatte. Die nordamerikani-

sche Rechte meint, daß Zentralamerika mehr Gelder beantrage, als es benötige. Von daher ist anzunehmen, daß es nicht die außergewöhnliche finanzielle Hilfe geben wird, die von den Beratern der neuen Regierung Nicaraguas vorausgesagt wurde.

5. Mit der Entscheidung der Nordamerikaner, Investitionen in Mexiko, Kanada, im Pazifikraum und Osteuropa zu priorisieren, lassen sich die sehr begrenzten Möglichkeiten von Auslandsinvestitionen schon absehen. Die sind aber notwendig, damit kurzfristig das neo-liberale Programm eine positive Wirkung in Zentralamerika hat.

6. Es ist eher unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten ihr Konzept des "Krieges niedriger Intensität", gekoppelt mit ihrer Bevormundung über Mittel wie Dialog, Wahlen und dem Einsetzen militärischer Kräfte, wie es in Nicaragua angewandt wurde, fallen lassen werden.

7. Die Vereinigten Staaten versuchen die militärischen Kräfte in der zentralamerikanischen Region zu eliminieren, um in Zentralamerika nur Polizeiapparate zu haben, wie z.B. in Costa Rica. "Zur Verteidigung der Demokratie" schwebt ihnen der Bau einer gigantischen Militär-Basis in Panama vor.

8. Der Ausweg aus der aktuellen Krise scheint momentan nur in einer Verhandlungslösung zu liegen, die revolutionären Avantgarden haben keine andere Alternative. Der Widerstand dagegen kommt von den Rechten, die eine Volksbeteiligung in den Regierungen, wie sie von den Revolutionären gefordert wird, ablehnen. Die jüngste Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten, den Dialog in El Salvador zu akzeptieren, war ein Manöver um das angekratzte Ansehen der salvadorianischen Regierung zu verbessern und eine zweite Offensive der FMLN zu stoppen. Die nordamerikanische Rechte versucht deutlich, eine konterrevolutionäre Phase sowohl in El Salvador, wie auch in Nicaragua zu erzwingen.

# BILANZ DER ERSTEN 30 TAGE DER NEUEN REGIERUNG

## Die Macht

In den ersten dreißig Tagen versuchte die neue Regierung, die politische Initiative an sich zu reißen. Die FSLN sollte zu Verhandlungen gezwungen werden.

Die Hauptschwäche lag im wirtschaftlichen Programm, das soziale Mobilisierungen verursachte. Da aber eine Machtübernahme nicht angestrebt werden konnte, stößen diese Mobilisierungen an Grenzen. Deshalb zielten sie darauf ab, ein neues Kräfteverhältnis in den Verhandlungen zwischen U.N.O. und FSLN zu etablieren.

Verschiedene Regierungsmaßnahmen leiteten bereits die konterrevolutionäre Phase ein:

- Reformierung des Gesetzes für den Öffentlichen Dienst, das die Entlassung der Staatsangestellten zuläßt;
- Amnestie-Gesetz für Somozisten und Konterrevolutionäre;
- Vertreibung der von der sandinistischen Revolution begünstigten Familien von ländlichen und städtischen Grundstücken. (Dieser Prozeß vollzieht sich langsamer als gewünscht, weil der für die Durchsetzung benötigte repressive Apparat noch fehlt);
- Entlassung von sandinistischen Staatsangestellten
- Wiedereinführung bestimmter, von den SandinistInnen gestrichener Artikel des Arbeitsgesetzes. (Kündigung und Suspendierung des Streikrechts der Staatsangestellten; Vereinbarungen mit dem Unternehmerverband; Konfiszierungen, die durch die Dekrete 10 und 11 der neuen Regierung legalisiert wurden.)

## Die U.N.O.

Während der ersten dreißig Tage der neuen Regierung wurden die Differenzen zwischen den verschiedenen Tendenzen innerhalb der

U.N.O. im Hinblick auf die Konfrontationen mit den Massen und der FSLN hinausgeschoben.

Die Fraktionen und Risse innerhalb der Rechten sind nicht verschwunden, die derzeitigen Konfrontationen haben jedoch ein beseres Verständnis zwischen der extremen und "Neuen" Rechten erlaubt.

## Die FSLN

Die FSLN verpflichtete sich weiterhin zu Verhandlungen mit der "Neuen Rechten" (Gruppe um Lacayo und César). Auch diese will die Verhandlungen mit der FSLN nicht abbrechen, sondern das Kräfteverhältnis korrigieren, das von der FSLN nach dem 25. Februar durch Verabschiedung verschiedener Gesetze und Dekrete geschaffen wurde. Solche Entscheidungen, die ihren Interessen entgegenkommen, werden sie belassen, andere reformieren. Letzteres lässt die U.N.O. gegenüber der FSLN als Einheit erscheinen.

Die FSLN versucht weiterhin, viel umfassendere Verhandlungen mit den Beratern der Präsidentin zu erwirken.

## Wird sich die Konterrevolution entwaffnen?

Die in der Einleitung beschriebene Strategie des US-Imperialismus zeigte die wirkliche Bedeutung des Verhandlungsprozesses. In der Praxis hat die sandinistische Regierung zahlreichen Führern der Konterrevolution die Rückkehr nach Nicaragua erlaubt, die Contra wurde jedoch niemals entwaffnet.

Laut der letzten Vereinbarung vom 19. April in Managua zwischen der zurücktretenden Regierung von Daniel Ortega, der neu antretenden von Violeta Chamorro und den Vertretern der Konterrevolution verpflichtete sich die Contra, ab dem 25. April zu demobilisieren und sich bis zum 10. Juli endgültig zu entwaffnen.

Die Ankunft der wichtigsten Anführer der Contra am 4. Mai warf die Frage auf, ob sie sich nun entwaffnen wird oder nicht.

Begäbe sich die Contra in die vorgesehenen Zonen um sich zu demobilisieren, würden sich ihr folgende fundamentale Probleme stellen:

- Sie verliert ihre soziale Basis und ihr Netz von InformantInnen;

- Sie verliert ihre Rückzugsgebiete auf honduranischem Territorium, sowie ihre Kanäle, um sich mit Nahrung, Kleidung, militärischer Ausrüstung, ärztlicher Verpflegung zu versorgen.
- Ihre soziale Basis fordert die Versprechungen der neuen Regierung ein;
- Sie wird seßhaft und von Lebensmitteln abhängig, die ihnen die ONUCA und die CIAV zukommen lassen.
- Die US-Regierung, bisherige Hauptunterstützerin der Contra, ist nicht mehr daran interessiert, sie zu unterstützen. Da sie die Chamorro-Regierung nicht destabilisieren will, tritt sie für eine Entwaffnung der Contra ein.
- Die Contra genießt keine uneingeschränkte Unterstützung der zentralamerikanischen Regierungen. Sie verfügt deshalb über kein strategisches Hinterland mehr, das eine wichtige Rolle in der Kampfstrategie gegen die sandinistische Regierung spielte.
- Sie befindet sich in einer Art offenem Gefängnis und in Gebieten, die aus militärischer Sicht leicht zu identifizieren sind.

Die Ernennung von Humberto Ortega an die Spitze der Armee hat verschiedene Gründe:

- Sie ist ein Trumpf in den Verhandlungen der neuen Regierung mit der Konterrevolution. Jegliche neue Forderung der Contra kann somit gegen eine Ersetzung Ortegas an der Spitze der Armee ausgespielt werden.
- Sie beruhigt diejenigen Offiziere, die gegen einen friedlichen Übergang waren und diesbezüglich zahlreiche Befürchtungen hegten. Der Wert Ortegas gibt den radikalsten Sektoren der Armee bestimmte Garantien und weckt die Vorstellung einer Kontinuität der Streitkräfte.
- Daniel Ortega löst sein 1985 abgegebenes Versprechen ein: Entwaffnung und Auflösung der Contra.

Um den Abmachungen zwischen der Chamorro-Regierung und der Contra nachzukommen, wurde mit der Demobilisierung in die vorgeschriebenen 7 Gebiete begonnen. Dann wurde die langsame Entwaffnung eingeleitet. Fast einen Monat später waren allerdings erst 1404 Kämpfer entwaffnet worden, das heißt, 40 Personen pro Tag. In den Abmachungen war die Zahl von 300 pro Tag vorgesehen.

Am 18. Mai erklärte das Hauptkommando der Contra, daß die Entwaffnung auf unbestimmte Zeit unterbrochen würde, um bessere Garantien für die Kämpfer zu erhalten. Sie wollten

bessere Positionen aushandeln, insbesondere aber die Verwaltung der Gelder durchsetzen, die die Bush-Administration innerhalb des 300 Millionen Dollar-Paketes freigegeben hat. Ziel war, ihre politischen Freiräume zu bewahren und nicht gänzlich ihre soziale Basis unter den Bauern/Bäuerinnen zu verlieren, die sie während des Krieges in den letzten Jahren erlangt hat. Sie sprach auch von der Konstituierung einer politischen Partei, die ihr erlauben würde, die in den letzten zehn Jahren eroberten sozialen Freiräume zu behaupten.

Die derzeitige Taktik äußert sich folgendermaßen:

- Verwaltung von 60 Millionen Dollar des 300 Millionen-Paketes;
- Mitbestimmung bei der Auswahl der ihr zur Verfügung gestellten Gebiete und ökonomische Selbstverwaltung.
- Genügend Geld und Boden würden ihr eine wichtige soziale Basis und eine paramilitärische Struktur erlauben, um im gegebenen Moment in Aktion zu treten.
- Die Verhinderung der Demobilisierung ihrer sozialen Basis erlaubt ihnen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber einer schwachen und unschlüssigen Regierung.
- Zunächst muß sie Zeit gewinnen und ihre Entwaffnung hinausschieben. Der US-Regierung kommt diese Haltung entgegen, denn damit kann sie die SandinistInnen zu einer passiveren Haltung gegenüber den sozialen Ereignissen im Land zwingen. Der Chamorro-Regierung nützt die Contra insofern, als sie diese als Trumpf in die Verhandlungen mit den SandinistInnen einbringen kann - mit der Drohung einer Absetzung Ortegas von der Armeespitze.

Auf Grundlage der zwischen Regierung und Konterrevolution Anfang Juni getroffenen Vereinbarungen ist die Entwaffnung der Contra unter Aufsicht der UN-Überwachungstruppen Mitte Juni als abgeschlossen erklärt worden. Das Abkommen sichert den Demobilisierten wirtschaftliche Entwicklungsprojekte zu, in deren Rahmen Landverteilung, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Schulen und Straßen und sogar die Nutzung der in den Ansiedlungsgebieten vorhandenen natürlichen Ressourcen vorgesehen sind. Die Contra hat das Recht, eigene Vertreter in die Ministerien zu entsenden, die mit der Einrichtung der "Entwicklungspole" befaßt sind. Wichtig ist auch Punkt 4 des Abkommens, wo es wörtlich heißt: "Es ist sofort eine Polizei mit Einbeziehung der ehemaligen Widerstandskämpfer zu bilden, die für die innere Ordnung zuständig ist und die physische Integrität der in den Entwicklungspolen leben-

den Bürgern zu garantieren. (...) Die Polizisten sollen außerdem in die Strukturen des Regierungsministeriums integriert werden..."

Während die Führungsspitze der Contra und ihre engsten Vertrauten an der politischen Macht partizipieren, ist knapp 3 Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens an der Basis in den Entwicklungspolen große Unzufriedenheit zu verspüren. Die versprochenen Gelder erreichen nur zögernd ihren Bestimmungsort und viele haben deshalb die "Pole" in Richtung ihres Heimatortes verlassen. *Anm. der Red.*

## Allgemeine Bilanz

In den ersten 30 Tagen versuchten die rechten Kräfte die politische Initiative zu übernehmen und verlorene Spielräume zurückzugewinnen. Die revolutionären Kräfte haben ihre Positionen verteidigt, aber die Phase der politischen, ökonomischen und sozialen Konterrevolution hat bereits begonnen.

Die Bourgeoisie will die im vorigen Jahrzehnt erkämpften Errungenchaften rückgängig machen. Die Abschaffung des Gesetzes für den Öffentlichen Dienst, die Wiedereinführung der reaktionärsten Artikel des Arbeitsgesetzes, der Versuch, das Autonomiegesetz der Universität umzubilden, die Umgestaltung der Agrargesetze, Maßnahmen wie die Dekrete 10-90 und 11-90, durch die die Möglichkeit besteht, den ganzen Bereich des Volkseigentums (APP) zu reprivilisieren und den Privatunternehmer ein Kapital von mehr als 4 Millionen US-Dollar zu überschreiben, bedeuten nichts anderes, als den Versuch zur Wiedereinführung eines kapitalistischen Modells. Dieser Angriff der Bourgeoisie hat die kritische ökonomische Lage zugespielt und vor allem die Lohnabhängigen getroffen. Er beinhaltet die Privatisierung vieler Sozialbereiche wie der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens. Die Bildung von regierungsfreundlichen Gewerkschaften soll künftige ArbeiterInnen-Forderungen und Streiks unterminieren. Durch die Verhinderung der Wahlen der Universitätsbehörden wollte man diese direkt der Exekutive unterstellen. BewohnerInnen der spontanen Neansiedlungen wurden vertrieben, ohne ihnen alternative Möglichkeiten anzubieten. Viele Investitionsprojekte wurden gestoppt. Diejenigen, die die Politik der neuen Regierung nicht teilten, wurden verfolgt, die Verelendung der ArbeiterInnen insgesamt vorangetrieben.

Im Gegensatz dazu hat sich die Bourgeoisie gegenüber den Forderungen der weiterhin bewaffneten Konterrevolutionäre gefällig gezeigt. Einige Sektoren der Bourgeoisie hoffen nach wie vor, die Contra in ihren "rechten Arm" zu verwandeln, um allmählich das Sandinistische Heer zu ersetzen und damit jene Teile unter Kontrolle zu bringen, über die sie ihre Macht nicht direkt ausüben können.

Die FSLN beabsichtigt, weiterhin mit der Regierung zu verhandeln, um direkt oder indirekt mitzuregieren und damit in nächster Zeit spontane Massenaufstände, die durch eine erneute Regierungsoffensive bezüglich der Lohnfrage ausgelöst würden, zu bremsen.

Bewußt oder unbewußt, versteckt oder offen sind die 3 wichtigsten Kräfte der nicaraguanischen Gesellschaft gegen eine Verschärfung der ArbeiterInnenkämpfe und für eine Stabilisierung der seit dem Regierungsantritt der Bourgeoisie erkennbaren Tendenzen.

Das Entstehen eines Paktes zwischen diesen 3 sozialen Kräften würde den ArbeiterInnen die Hände binden, da die rechtlich-politischen Maßnahmen der Regierung ein ökonomisch-soziales Klima geschaffen haben, das die Bildung eines übersättigten Arbeitsmarktes und ein eingeschränktes Angebot an Arbeitsplätzen zum Ziel haben. Bei jedem politischen oder ökonomischen Druck der ArbeitnehmerInnen könnten diese von der neuen Reservearmee der Arbeitslosen ersetzt werden.

In den ersten 30 Tagen versuchte die neue Regierung, die private Akkumulation zu fördern und sich gegen die Forderungen der Lohnabhängigen zu stellen.

## DIE NEUERLICHE MACHTPROBE IM JULI

Zwei Monate nach den Arbeitskämpfen im Mai hatte sich die wirtschaftliche und soziale Situation in Nicaragua infolge der Wirtschaftspolitik der Regierung derart verschlechtert, daß die FNT erneut einen Streik ausrief.

Die ArbeiterInnen stellten folgende Forderungen:

1. Gelder für die Reaktivierung der Industrie.
2. Einen monatlichen Mindestlohn von 200 US-Dollar.
3. Begleichung der Schulden der staatlichen Institutionen an die staatlichen Baubetriebe.
4. Zurücknahme der Dekrete 10-90 und 11-90.

Das Dekret 10-90 erlaubt die Verpachtung konfiszierter Ländereien in Staats-, Kooperativen- oder Individualbesitz an die früheren BesitzerInnen. Sie können vor einer Revisionskommission die Rückgabe ihres ehemaligen Besitzes beantragen. Das Dekret wird in der Präambel damit begründet, daß "Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung" und zur "vollen Nutzung der Ländereien" ergriffen werden müssen.

In Ergänzung zum Dekret 10-90 wird mit dem Dekret 11-90 die Revision "aller Rechtshandlungen" verfügt, "die eine grobe Verletzung des Rechts auf Eigentum unter Mißachtung der Menschenrechte" darstellen. Das Dekret 11-90 bezieht sich nicht nur auf den Agrarsektor, sondern auf jede Art "beweglichen und unbeweglichen Besitzes". Das Ziel ist die Reprivatisierung des gesamten Bereichs der volkseigenen Betriebe. Betroffen sind auch alle anderen, unter der FSLN-Regierung konfisierten Betriebe, Grundstücke, Häuser etc., die in kollektivem oder individuellem Besitz sind. Zu den EinzelbesitzerInnen gehören z.B. die BürgerInnen mit geringem Einkommen, die durch das Gesetz zur Wohnungsvergabe das Eigentumsrecht an den von ihnen bewohnten Häusern übertragen bekommen haben.

Das Dekret 1-90 ermächtigt u.a. das Regierungsministerium (vormals Innenministerium), die territoriale Ausdehnung der Regionen, Departamente, und Gemeinden festzulegen und ihm werden Befugnisse zugewiesen, "die Verfassung und die Gesetze nicht anderen Ministerien übertragen." Das Arbeitsministerium wird ermächtigt, "die Arbeitsgesetzgebung anzuwenden und auszuführen" sowie die Arbeitsgesetzgebung durch die Einsetzung von Sondergerichten durchsetzen zu lassen. Das Bildungsministerium wird zur Verleihung von Universitätstiteln ermächtigt. Die abschließende Anordnung des Dekretes 1-90 hebt alle dem Dekret "zuwiderlaufenden gesetzlichen Bestimmungen" auf. Generell ist festzustellen, daß das Dekret die Unabhängigkeit der übrigen Staatsgewalten verletzt. *Anm. d. Red.*

5. Zurücknahme des Dekretes 1-90.
6. Lohnanpassungen für die Polizei.
7. Anerkennung des Gesetzes des öffentlichen Dienstes.

8. Wiedereinstellung der bereits entlassenen staatlichen Angestellten und ArbeiterInnen.
9. Finanzielle Aufstockung des Justizhaushaltes.
10. Aufrechterhaltung der Subventionierung des Transportes für LehrerInnen und SchülerInnen.
11. Wiederaufnahme aller suspendierten Bauprojekte.
12. Verstärkte Investitionen im Gesundheits- und Bildungsbereich.
13. Beschäftigungsgarantien.

Die Regierung machte folgende Vorschläge:

1. Lohnanpassungen.
2. Einstellung bereits entlassener staatlicher Angestellter und ArbeiterInnen.
3. Investitionen im Bau-, Transport- und Textilsektor.
4. Beschäftigungsgarantie.
5. Zahlung der Schulden staatlicher Institutionen an die staatliche Baubetriebe.

Die Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen der Regierung und der FNT setzte ein Ende unter einen Generalstreik, an dem sich mehr als 120.000 staatliche Angestellte, inklusive der LandwirtschaftsarbeiterInnen beteiligten.

Fast 2 Wochen lang legte der Streik die Hauptstadt Managua und die wichtigsten Städte des Landes lahm. Die von den Rechten provozierten, teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen forderten letztendlich 6 Tote und mehr als 50 Verletzte.

Die Regierung und ihre Verbündeten, inklusive der Bush-Administration, beschuldigten die FSLN, den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes sabotieren zu wollen, indem sie einen ausschließlich politischen Streik vom Zaune brächen.

Die ArbeiterInnen rechtfertigten den Streik mit der volksfeindlichen Wirtschaftspolitik der Regierung und dem Widerwillen der Regierung, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Verluste der beiden Streiks im Mai und Juli belaufen sich auf ca. 50 Millionen US-Dollar, was ungefähr 20% der geplanten Exportsumme des Landes für 1990 ausmacht, die 300 Millionen US-Dollar betragen soll.

In den Vereinbarungen zwischen der Regierung und der FNT wurden für den Monat Juli eine 43-%ige Lohnerhöhung festgeschrieben. Desweiteren wurden insbesondere den am meisten beteiligten Sektoren für den Monat August Lohnerhöhungen versprochen. Zu bedenken ist dabei allerdings, daß die Lohnerhöhun-

gen unter der Inflationsrate der Monate Mai, Juni und Juli geblieben sind. Die fortschreitende Zerstörung der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen konnte so nicht aufgehalten werden.

Zusätzlich verpflichtete sich die Regierung, der Nationalversammlung ein Gesetz über Mindestlöhne in Nicaragua vorzulegen. Auch eine Neueinstufung der staatlichen Angestellten sollte im September erfolgen. Über beide Punkte muß allerdings in neuen Verhandlungen gesprochen werden.

Die Regierung garantierte allen Angestellten der Ministerien und der staatlichen Betriebe ihre Arbeitsplätze und versicherte, daß die Streikenden keinerlei Repressionen zu fürchten hätten. Vielmehr verpflichtete sich die Regierung, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Arbeitsstabilität zu schaffen.

Die seit der Regierungsübernahme aus dem Staatsdienst Entlassenen erhalten für jedes Dienstjahr einen Monatslohn als Abfindung, wobei aber 3 Monatslöhne die Obergrenze sind. In diesem Punkt akzeptierte die Gewerkschaft den Mayorga-Plan, der von einer Verringerung der Staatsangestellten als Grundvoraussetzung für die Wirtschaftssanierung ausgeht.

Von der Regierung wurde auch das Weiterbestehen der Subventionen im öffentlichen Transport zugesichert, was SchülerInnen, LehrerInnen und anderen Staatsangestellten einen billigeren Fahrpreis ermöglicht. Die Regierung gab an diesem Punkt nach, um die im Juli-Streik entstandene Allianz zwischen StudentInnen, Familien und ArbeiterInnen wieder aufzubrechen.

Die Regierung sicherte die Zahlung der Schulden an die staatlichen Bau- und Textilfirmen zu, um eine Schließung dieser Betriebe zu verhindern. Auch wird sie in diesem Industriesektor verstärkt Investitionen tätigen, um auf Dauer die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern. Dies ist m.E. auf wirtschaftlichem Gebiet der größte Erfolg des Streiks. Diese Vereinbarung entspricht den Forderungen der radikalsten Sektoren der FNT, die diesen Streik initiierten. Die Vereinbarungen enthalten auch das Versprechen der Regierung, das Dekret 10-90 zu suspendieren. Speziell diese Vereinbarung muß genau betrachtet werden:

- Das Dekret 10-90 erließ die Regierung mit dem Ziel, die in Miami wohnenden Exil-NicaraguanerInnen zur Rückkehr zu bewegen, um Investitionen im Baumwollbereich zu tätigen, da der Mayorga-Plan vorsieht, die angebaute Fläche im Vergleich zu 1989 zu verdoppeln.
- Das Dekret rief auf dem Land derartigen Widerstand hervor, daß die Exil-Kapitalisten sich entschlossen, von Investitionen abzuse-

hen, weil es zu risikoreich erschien. In diesem Punkt hat der Mayorga-Plan sein Ziel, die Anbaufläche im Vergleich zu 1989 zu verdoppeln, nicht erreicht. Zum Zeitpunkt der Vereinbarungen zwischen der FNT und der Regierung war die Anbaufläche lediglich um 20% angewachsen. Mit der Rücknahme des Dekretes 10-90 beabsichtigt die Regierung, die sozialen Konflikte auf dem Land einzudämmen und sicherzustellen, daß die Aussaat durch die LandarbeiterInnen gewährleistet wird. Zum Zeitpunkt der Vereinbarungen war bereits eine für die Aussaat kritische Phase erreicht.

Auf der anderen Seite akzeptierten die ArbeiterInnen, mit den Unternehmern und der Regierung in einen Dialog zu treten, um eine wirtschaftliche Konzertierung möglich zu machen, innerhalb derer die Durchführung des Planes der Regierung Chamorro hinsichtlich der wirtschaftlichen Reaktivierung des Landes diskutiert werden soll. In diesen Diskussionsforen werden die Forderungen der FNT, die Pläne der Reprivatisierung staatlicher Betriebe fallenzulassen, genauso diskutiert werden wie der Strukturanpassungsplan von Zentralbankchef Mayorga.

## Analyse der Streikergebnisse

Bei den Vereinbarungen zwischen der FNT und der Regierung sind die Forderungen der Regierung mehr zum Tragen gekommen, als die der Gewerkschaften. Solche Forderungen, die die an der Streikbewegung beteiligte Bevölkerung stellte, erscheinen in den Vereinbarungen an keiner Stelle. Auch bleibt abzuwarten, ob die getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden, oder ob sie, wie die Vereinbarungen nach dem Streik im Mai, nichts anderes sind als ein Fetzen Papier.

Der Streik diente der ArbeiterInnenbewegung dazu, der Regierung ihre Stärke zu beweisen. Aber auch die Regierung nutzte die Gelegenheit, um ihre Kraft auf's Neue mit der ArbeiterInnenschaft zu messen. Eine Niederlage der FNT hätte eine Beschleunigung des Privatisierungsplanes zur Folge gehabt und FSLN sowie die Gewerkschaften entscheidend geschwächt. Die Regierung hätte keine Notwendigkeit mehr gesehen, sich mit diesen Sektoren an einen Tisch zu setzen.

Obwohl die FNT den Streik initiierte, ordnete sie sich im Verlaufe des Streiks den politischen Direktiven der FSLN unter. Der FNT gelang es nicht, ihre Unabhängigkeit unter Beweis zu stellen, um

auf diese Art und Weise für solche ArbeiterInnen und Gewerkschaften attraktiv zu sein, die sich keiner Partei zuordnen.

Trotz der angesprochenen Schwäche der FNT, die, um die Gespräche mit der Regierung wieder aufnehmen zu können, die Intervention der politischen Leitung der FSLN notwendig machte, ging die Gewerkschaft, was ihre Struktur und ihre Kader betrifft, gestärkt aus diesem Streik hervor.

Der Streik zeigte der Regierung die Notwendigkeit einer ökonomischen Konzertierung auf. Die Bereitschaft der Regierung zu dieser ökonomischen Konzertierung bedeutet, daß der Mayorga-Plan prinzipiell revidiert und ein neuer Wirtschaftsplan erstellt werden muß. Das Strukturanpassungsprogramm, das momentan allen Ländern Zentralamerikas auferlegt wird, hat in Nicaragua kaum eine Chance der Akzeptanz, weil in den letzten 10 Jahren der sandinistischen Revolution ökonomische, politische und soziale Strukturen geschaffen wurden, die einen solchen Plan undurchführbar machen.

Die ökonomische Konzertierung beinhaltet, daß die ökonomischen und sozialen Kosten der Restrukturierung der Wirtschaft geteilt werden müssen, da in dieser Periode keinerlei Gewinne geteilt werden können und ein etwaiger sozialer Akkumulationsprozeß zugunsten aller unmöglich ist.

Die ökonomische Konzertierung muß als ein temporärer Mechanismus aufgefaßt werden, um nach einem Ausweg aus der tiefen Wirtschaftskrise zu suchen.

### **Die sektoralen Ziele der wirtschaftlichen Konzertierung müßten sein:**

1. Für die Arbeiter: Bekämpfung der hohen Inflationsraten; Festlegen eines Mindestlohnes; Sicherung der Arbeitsproduktivität durch die Regierung; Schaffen einer Arbeitsdisziplin; Lohnsteigerungen mit wachsender Produktivität; weitgehende Arbeitsplatzsicherheit;
2. für die Produzenten: sozial verträgliche Gewinne; keine Kapitalflucht; Anerkennung des zur Verabschiedung vereinbarten Gesetzes zum Mindestlohn; Investitionen im Produktionsapparat; Zugänglichmachen ihres "Know how" für die mittleren und kleinen Produzenten, um die Produktion insgesamt zu erhöhen; eine höhere Effizienz in der betrieblichen Verwaltung;
3. für die Regierung: Transparenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik; kein Schüren von falschen Erwartungen; Transparenz bei der Preisentwicklung im öffentlichen Dienstleistungssektor; Reduzie-

rung der staatlichen Ausgaben; Unterstützung der Produktion durch eine angemessene Kreditpolitik; Festlegung eines realistischen und vernünftigen Wechselkurses; Priorität von Investitionen im sozialen Sektor; Bildung einer Kommission, die überwacht, ob die Abmarchungen der wirtschaftlichen Konzertierung eingehalten werden; diese Kommission muß auch darüber Aufsicht führen, inwieweit die Preise jeden Monat steigen; Einleiten von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Regierung und ArbeiterInnenschaft, zwischen Regierung und Produzenten und zwischen ArbeiterInnen- schaft und Unternehmern.

### **Die allgemeinen Ziele der wirtschaftlichen Konzertierung müssen sein:**

1. Ankurbelung der Produktion und Schutz der Rechte der einzelnen sozialen Sektoren.
2. Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung des Landes.
3. Schutz der ArbeiterInnenrechte.
4. Erstellung von Richtlinien zum Gebrauch des volkseigenen Landes und Schutz der Rechte des Staates über das Land.
5. Bildung eines Investitionsfonds.
6. Projekte zeitlich befristeter Arbeit, mit der Absicht, die Produktion zu erweitern, da es momentan keinerlei Alternativen zu zeitlich befristeter Arbeit gibt.
7. Suche nach möglichst kurzfristigen Lösungen im ökonomischen Bereich.

Der Streik verstärkte die Allianz zwischen dem Vize-Präsidenten Virgilio Godoy, der Führung des Unternehmerverbandes COSEP und Teilen der Contra.

Nicht der Streik war es, der das Land in die Nähe eines Bürgerkrieges brachte, sondern die Kräfte der Ultra-Rechten, angeführt von der extremen Rechten der U.N.O. Streikbrecher, Aktivisten der U.N.O., Ex-Contras und ehemalige Angehörige der Somoza-Garde terrorisierten vier Stadtteile der Hauptstadt Managua, teilweise mit Waffengewalt.

Der rechtsextreme Sektor der U.N.O. beabsichtigte, den Streik als Versuch der FSLN darzustellen, die Regierung zu destabilisieren. Aber in Wirklichkeit trachteten sie danach, den in diesem Sinne aufkeimenden Widerstand verschiedener Volkssektoren für Provokationen zu nutzen. Das augenscheinliche Bestreben der extremen Rechten, eine militärische Intervention der USA zu provozieren, war paradoixerweise der wichtigste Grund dafür, daß sich die

Regierung wieder mit der Gewerkschaft an den Verhandlungstisch setzte.

Der Streik vertiefte die Gräben zwischen Präsidentin Chamorro und Vize-Präsident Godoy und es zeigte sich eine fortschreitende Polarisierung innerhalb der U.N.O. Dieses Phänomen hat eine Eigendynamik, die der hegemoniale Sektor in diesem Regierungsbündnis gegenüber seinen internen Bündnisgegnern nicht ignorieren darf.

Ein Element, das die Distanz zwischen Chamorro und Godoy erweiterte, war die Initiative Godoys, mit der Bildung des "Komitees der Nationalen Rettung", im Prinzip eine Gegenmacht zur Exekutive aufzubauen, um mit "der schwierigen Situation, die das Land durchlebt, fertig zu werden".

Für einige Beobachter war diese Initiative ein Quasi-Staatsstreich, während es für andere mehr ein Manöver war, um sich eine gewisse Machtquote innerhalb der Regierung zu sichern. Violeta Chamorro verweigerte in einem offiziellen Kommuniqué in der Nacht zum 10. Juli dem "Komitee der Nationalen Rettung" ihre Anerkennung.

In diesem Komitee vertreten sind neben Virgilio Godoy, Guilberto Cuadra (Präsident des Unternehmerverbandes COSEP), Miriam Argüello (Präsidentin der Nationalversammlung und der konservativen Nationalallianz), Ellie Altamirano (Abgeordneter und Führer der Kommunistischen Partei) und Roberto Moreno (Abgeordneter und Gewerkschaftsführer).

In den frühen Morgenstunden des 12. Juli verkündeten Regierung und FNT die Unterzeichnung ihres Abkommens. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die letztendlich schnelle Lösung eine Folge davon war, daß die FSLN und die "Las Palmas-Gruppe" Godoys politischen Spielraum einengen wollten.

Die FSLN, die durch ihre Mobilisierungskraft bei den Massen den Streik unterstützte, zeigte auf's Neue, daß sie als wichtiger politischer Faktor von der Regierung nicht ignoriert werden kann.

## Bilanz

Die beiden Streiks spiegeln den Grad der Unruhe in der Bevölkerung wider, den die Regierung mit ihrer Politik verursachte.

Der größte Erfolg des 1. Streiks im Mai war, daß die ArbeiterInnen es schafften, die Regierung an den Verhandlungstisch zu

zwingen, da die Regierung die Abmachungen im Nachhinein fortwährend verletzte.

Der Beginn der Rückgabe der Ländereien an die ehemaligen BesitzerInnen, griff die sozialen Errungenschaften und den sozialen Besitz von Tausenden von LandarbeiterInnen an.

Die Politik der Währungsstabilität mit ihren rezessiven Effekten bedrohte viele Betriebe in ihrer Existenz und produzierte eine noch größere Arbeitslosigkeit. Die andauernden Abwertungen verursachten einen Preisanstieg, der die Kaufkraft der ArbeiterInnenschaft fast völlig zerstörte.

Angesichts dieser, sich für die ArbeiterInnenschaft dramatisch entwickelnden Situation, forderten die Gewerkschaften Arbeitsplatzsicherheit und Investitionen im Industriesektor, um die Schließung der Betriebe zu vermeiden, Lohnanpassungen, etc. Die Weigerung der Regierung, über diese Forderungen mit der FNT zu diskutieren, führte am 26. Juni zum Abbruch der Gespräche und die FNT rief anschließend den Generalstreik aus. Meiner Ansicht nach wurde der Generalstreik zu einem zu frühen Zeitpunkt ausgerufen, weil die Basis und die Bevölkerung nicht ausreichend darauf vorbereitet waren. Der Basis und der Bevölkerung war nicht klar gemacht worden, daß ein solcher Streik eigentlich das letzte Mittel im Kampf gegen die Nichtgesprächsbereitschaft der Regierung ist. Auf der anderen Seite diente der Streik sicherlich dazu, daß die ArbeiterInnenschaft im Industriesektor eine genauere Kenntnis der Kräfteverhältnisse erlangte.

Die FNT rief zu einem stufenweisen Generalstreik auf, weil die ArbeiterInnenschaft über die politischen Ziele dieses Streiks nicht genügend informiert waren. Insofern blieb der FNT nichts anderes übrig, als diesen Streik langsam, aber stetig zu entwickeln. Die Gespräche zwischen der Regierung und FNT wurden am 5. Juli wieder aufgenommen und 4 Tage später von der Regierung abgebrochen. Sie lehnte die von der FNT zur Verhandlung eingebrachten Punkte strikt ab und erklärte den Streik als illegal. Die Drohung, alle Streikenden zu entlassen und die Ordnungskräfte gegen die Streikenden einzusetzen, verschärfe die Situation am 9. Juli zusehends.

Die Regierung brach die Gespräche ab, weil sie davon ausging, daß der Streik nicht genügend Unterstützung in der ArbeiterInnenschaft fände und deshalb eine starke Regierungspropaganda und die vorgenannten Drohungen ausreichten, um die Basis von einer Beteiligung am Streik abzuhalten. Sie erkannte darüber hinaus,

daß die politische Zielsetzung des Generalstreiks der ArbeiterInnen-schaft von der FNT nicht ausreichend erklärt wurde.

Die Regierung erkannte auch die unterschiedliche Taktik der sandinistischen Kader und der sandinistischen Basis: Die einen wollten durch eine Machtdemonstration der ArbeiterInnen dem radikalen Sektor der U.N.O seine Grenzen aufzeigen und hatten weniger das Interesse, mit der Regierung über deren Politik zu verhandeln. Die anderen dachten, daß der Streik die Bereitschaft der Regierung zu einer wirtschaftlichen und sozialen Konzertierung auf gar keinen Fall erhöht.

Die Regierung wollte die anfängliche Schwäche des Streiks, die fehlende Erklärung der Zielsetzung an der Basis der ArbeiterInnen-schaft und die unterschiedliche Taktik innerhalb der nationalen Leitung der FSLN nutzen, um jegliche Gespräche mit den Gewerk-schaftsführerInnen zu verweigern. Sie war bestrebt, das direkte Ge-spräch mit der politischen Führung der FSLN zu suchen, um somit die politische Autonomie der FNT in Relation zur FSLN infrage zu stellen.

Die unterschiedliche Streiktaktik innerhalb der sandinistischen Kader konnte allerdings, angesichts der sich zusätzenden Situa-tion am 9. Juli, überwunden werden und die FSLN akzeptierte direkte Gespräche mit der Regierung.

Die ArbeiterInnen begannen den Generalstreik ohne zu beden-ken, daß sie anschließend über keine andere Zusitzung des politi-schen Kampfes mehr verfügten. Deshalb mußte eine Alternative zum Streik gefunden werden.

Diese Alternative zur Kampfform des Streiks wurde dann eher zu-fällig gefunden. Die FNT nutzte den Mord an einem mit den Strei-kenden sympathisierenden Studenten, um die Bevölkerung zum Bau von Barrikaden aufzufordern. Dadurch entwickelte sich eine Aufstandsdynamik, die den Protest weit über die Fabriken und Insti-tutionen hinaustrug. Wichtige Bevölkerungssektoren nahmen an dem Bau von Barrikaden, vor allem in der Hauptstadt Managua, dem Brennpunkt des Generalstreiks, teil. Aber die Veränderung der Kampfformen, weg vom reinen Streik, hin zu aufstandsähnlichen Unruhen, hatte zur Folge, daß die Lösung der Krise nicht mehr in Händen der Gewerkschaftsleitung liegen konnte, sondern von nun an von der nationalen Leitung der FSLN übernommen werden mußte.

Der Generalstreik verwandelte sich fortan in einen Widerstand verschiedenster Volkssektoren. In dieser Situation tauchten die be-waffneten Gruppen der extremen Rechten auf, die das "Komitee

der Nationalen Rettung", angeführt von Virgilio Godoy, unterstützten.

Der Sohn der Präsidentin und Ex-Mitglied des politischen Direktoriums des "Nicaraguanischen Widerstandes", Pedro Joaquin Chamorros, sagte: "Die Regierung ist ziemlich isoliert ... auf der einen Seite hat sie eine FSLN, die eine unverantwortliche Oppositionspolitik macht und auf der anderen Seite ist sie weitestgehend von ihrer Basis innerhalb der U.N.O. getrennt... Ich glaube, daß sich die Regierung öffnen muß und die politischen Parteien innerhalb der U.N.O. zu Rate ziehen sollte."

Dies ist auch eine der Forderungen Godoys und seiner Gruppe, die verlangen, daß PolitikerInnen der Parteien in das Kabinett aufgenommen werden, weil ihnen die Berater der Präsidentin zu tolerant mit der FSLN umgingen.

Angesicht dieser sich dramatisch zuspitzenden Situation veröffentlichte die nationale Leitung der FSLN am 9. Juli ein Kommuniqué in dem sie die Bevölkerung dazu aufrief, gewaltsame Aktionen zu unterlassen und den Verkehr in der Hauptstadt nicht zu behindern. Gleichzeitig appellierte sie an die Regierung, die Gespräche wieder aufzunehmen und in den Gesprächen eine flexiblere Haltung an den Tag zu legen.

Stunden später begannen bereits die geheimen Verhandlungen zwischen der Regierung und der FSLN. Die Regierung fand sich zu den Gesprächen bereit, da sie keine andere Alternative mehr hatte. Sie wollte keine unkalkulierbare Krise provozieren und war sich darüber hinaus der Gefahr eines Putsches seitens des COSEP, der Konterrevolution und der extremen Rechten innerhalb der U.N.O. bewußt.

Ab sofort erhältlich:

## **Organisationsprofil "Die neue Regierung Nicaraguas"**

48 S. DIN A 4, DM 6.50, Bestellungen bei:

L.U.P.E. c/o LAZ

Crellestr. 22

1000 Berlin 62 oder

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 10 13 20

5600 Wuppertal 1

Das Organisationsprofil enthält Angaben zu allen Regierungsmitgliedern, Parteiführern der U.N.O. und den maßgeblichen Organisationen der Rechten in Nicaragua.

Es wurde von der Arbeitsgruppe L.U.P.E. erstellt. L.U.P.E. sammelt kontinuierlich Informationen über die lateinamerikanische Rechte, insbesondere ihre Verbindungen in die Bundesrepublik.

# Nicaragua

## Solidarität nach dem Streik

Volksaktionen, die den Charakter aufständischer Unruhen hatten, begleiteten den Streik, den der Dachverband der nicaraguanischen Gewerkschaften (FNT) am 26. Juni ausrief. Nach anfänglich kompromißloser Haltung der Regierung Chamorro, die den Streik als politisch und illegal bezeichnete sowie mit Militäreinsatz drohte, kamen Gewerkschaften und Regierung am 11. Juli zu folgenden Übereinkünften:

- \* eine generelle Lohnangleichung um 43%
- \* Arbeitsplatzgarantien für die Streikenden
- \* finanzielle Entschädigung für die in den letzten drei Monaten Entlassenen
- \* Beibehaltung subventionierter Fahrkarten für StudentInnen
- \* keine weitere Rückgabe von Ländereien an ehemalige Großgrundbesitzer
- \* die Respektierung der Verhandlungsergebnisse des Mai-Streiks
- \* Mitbestimmungsrechte bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen wie z.B. der Ausarbeitung eines Mindestlohnsgesetzes.

Durch eine enorme und unerwartete Kampfbereitschaft der Gewerkschaften wurde die Regierung schließlich zu Vereinbarungen gezwungen. Vereinbarungen, die der ultrarechte Flügel der Regierungskoalition unter Führung des Vizepräsidenten Virgilio Godoy schwerlich akzeptieren können wird. Godoy organisierte nicht nur Schlägertrupps, sondern mobilisierte Contra-Gruppen, die — wie sich nun offensichtlich zeigt — nicht alle Waffen abgegeben haben, um die Stärke der Gewerkschaften, Massenorganisationen und der FSLN zu zerschlagen. Die dadurch provozierte Eskalation zur Auseinandersetzung diente der extremen Rechten dazu, öffentlich eine militärische Intervention der USA zu fordern, in deren Windschatten sie eine Chance der Machtübernahme witterte.

Trotz der Verhandlungsergebnisse wird die Regierung, wie die Tage nach dem ersten Streik im Mai zeigten, versuchen, mit ihrer aggressiven, gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik fortzufahren. Die von den bilateralen Kreditgebern, wie der Bundesregierung, geforderte Strukturanpassungspolitik wird auch weiterhin zentrale Errungenschaften der Revolution angreifen. Die Beschränkung der Agrarreform, eine Lohnpolitik, die mittlere und gehobene Gehaltsklassen bevorzugt, Reprivatisierung in allen wirtschaftlichen Sektoren und die drastische Kürzung der sozialen Leistungen wird auch in Zukunft den erbitterten Widerstand großer Teile der Bevölkerung herausfordern, die sich eine rücksichtslose Sanierungspolitik zugunsten weniger und auf Kosten vieler nicht gefallen lassen werden.

Deshalb ist eine schnelle und entschiedene, aber auch langfristige finanzielle und politische Solidarität mit den Massenorganisationen und der Nationalen Front der Arbeiter/Innen (FNT) gefordert, da sie zusammen mit der FSLN die Garanten für die Verteidigung der sozialen und organisatorischen Errungenschaften der Arbeiter/Innen in Nicaragua sind.

### Kein Schritt zurück!

Spenden für die Nationale Front der Arbeiter/Innen (FNT) und die Massenorganisationen auf das Konto 976 738, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Informationsbüro Nicaragua e.V.

---

---

# **EDITION NAHUA BUCHVERTRIEB**

---

Bücher zu Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kuba. Thematische Schwerpunkte: Solidaritätsarbeit, IWF/Weltbank, Contra, US-Politik in der Region, Kirche. Aber auch Aufkleber, Buttons, Poster, Postkarten, Musik. Insgesamt mehr als 150 Titel lieferbar, Vertriebsverzeichnis anfordern!

Seit Oktober 1988 liefern wir das komplette Programm der nicaraguanischen Verlage Editorial Nueva Nicaragua, Editorial La Ocarina und den FSLN Verlag Vanguardia in der BRD aus. Über 120 Titel liegen bereits auf Lager. Preis- und Titelliste anfordern!

---

---

**H O F A U E 51  
5600 WUPPERTAL  
0202 - 4936307**

---

---

Die Wahlresultate drücken klar den Dualismus aus, der die derzeitige Machtkonstellation prägt. Die reaktionären Kräfte errangen einen Teilsieg, der aber der Bourgeoisie nicht eine unbeschränkte Macht- ausübung erlaubt. Die Doppelmacht hat sich verändert, ist jedoch nicht verschwunden. Die FSLN behielt genügend Macht, um die Großgrundbesitzer daran zu hindern, ihren ehemaligen Besitz zurückzuerobern. Die Macht der Volkskräfte hat sich dezentralisiert, zerstreut und z.T. versteckt, bis hin unter die Erde, wenn wir an die Waffen denken, die seit dem Kampf gegen die Diktatur dort gelagert wurden.... (Oscar-Rene Vargas)

# nahu a

